



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
NEW YORK OFFICE

CHINA ALLEIN ZU HAUS

Das Reich der Mitte in der globalen Weltordnung

Von Ho-fung Hung

Inhaltsverzeichnis

Vom Aufstieg zur Stagnation? Von den Herausgebern.....1

China allein zu Haus

Das Reich der Mitte in der globalen Weltordnung.....2

Von Ho-fung Hung

Ursprünge und Dynamik des chinesischen Aufschwungs.....3

Die Überakkumulationskrise.....11

Neue Entwicklungsmuster im Globalen Süden.....13

Chinas geopolitisches Vordringen in Asien und darüber hinaus.....16

Zusammenfassung.....25

Zitierte Literatur.....27

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Februar 2016

Herausgeber: Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

E-Mail: info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org

Vom Aufstieg zur Stagnation?

Seit mehr als drei Jahrzehnten hat Chinas beachtlicher wirtschaftlicher Aufstieg die Welt umgestaltet. Ungeachtet der jüngsten Abschwächung fasziniert diese Wandlung weiterhin; Experten haben mit zahlreichen Theorien dafür aufgewartet, was der Wandel für das Land, seine Nachbarn und die Welt bedeutet. Repräsentiert China ein alternatives Wachstumsmodell oder handelt es sich nur um eine neue Variante des Neoliberalismus? Fordern China und die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) die derzeitige Weltordnung heraus oder nehmen sie bereitwillig und aktiv daran teil? Welche Auswirkungen haben Chinas Aktivitäten in Südostasien und andernorts im Globalen Süden? Wie werden sich die Politik und die globale Positionierung Pekings in der nahen Zukunft ändern, und welche alternativen Pfade stehen dem Land offen?

Im New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir uns mit der Frage beschäftigt, wie China und andere große aufstrebende Wirtschaftsmächte des Globalen Südens die Welt und die globalen Machtbeziehungen verändern. In der von uns veröffentlichten Studie „Neoliberalismus mit südlichem Antlitz: Der Aufstieg des BRICS-Blocks“ argumentiert Vijay Prashad, dass die Entwicklung der BRICS Ausdruck eines lang gehegten Traums des Globalen Südens ist, entscheidende politische Macht auf globaler Ebene auszuüben, auch wenn die BRICS den Status quo bisher eher unterstützt als in Frage gestellt haben. Walden Bello wiederum bekräftigte in seinem Vortrag in unserem Büro 2015 den ausbeuterischen Charakter bestimmter Praktiken der BRICS im In- und Ausland. Allerdings sah er in den BRICS-Staaten zugleich potenzielle Herausforderer neoliberaler Institutionen und Ideologie – sofern diese ihre tiefgreifenden internen Widersprüche überwinden können.

Im Kontext dieser Debatten argumentiert Ho-fung Hung, Ostasien-Experte und Professor an der Johns Hopkins Universität, dass der beachtliche Wirtschaftsaufschwung Chinas auf dessen Integration in die globale Wirtschaftsordnung zurückzuführen ist. Obwohl China diese Ordnung keineswegs anfecht, hat das Land Handelsbeziehungen umgestaltet und das Wirtschaftssystem weiter fragmentiert. Chinas Aufstieg ist außerdem im Vermächtnis maoistischer Entwicklungsstrategien verwurzelt, ebenso wie in seiner geographischen Nähe zu den exportorientierten ostasiatischen „Tigerstaaten“. Allerdings lässt sich Chinas Einfluss auf den Globalen Süden nicht vereinfacht erklären – vielmehr ist er uneinheitlich und von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und Institutionen geprägt.

Um die Welt verändern zu können, müssen wir sie verstehen. Die vorliegende Studie bietet ein differenziertes und scharfsichtiges Verständnis davon, wie sich China als Hauptakteur innerhalb der Weltpolitik etablieren konnte. Die Zukunft dieser wirtschaftlichen Supermacht wird das Leben seiner mehr als 1,3 Milliarden Bürgerinnen und Bürger beeinflussen – und den Rest der Welt.

*Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg
Leiter des Büros New York, Februar 2016*

China allein zu Haus

Das Reich der Mitte in der globalen Weltordnung

Von Ho-fung Hung

Der wirtschaftliche Aufschwung, den China im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte genommen hat, fasziniert trotz der jüngst zu beobachtenden Abschwächung viele Beobachter und weckt mancherlei Vorstellungen, auf welche Weise ein ökonomisches Kraftwerk solchen Formats die Entwicklungsbedingungen anderer Volkswirtschaften im globalen Süden beeinflussen könnte. Es gibt Analysen zuhauf, die Chinas Aufschwung als Antithese zum Washington-Konsens darstellen, ja viele sehen die Volksrepublik sogar als Beispiel eines alternativen Entwicklungsmodells, das auch in anderen Entwicklungsländern funktionieren könnte. Gleichzeitig prognostizieren manche, China werde letztlich die geopolitische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten überwinden und in Asien, ja sogar weltweit eine politische Neuordnung herbeiführen.

In der vorliegenden Studie vertrete ich die These, dass China seinen Aufschwung der Konvergenz zweier Entwicklungslinien verdankt, deren Ursprung beiderseits des Frontverlaufs im Kalten Krieg liegt, nämlich einerseits in der maoistischen und andererseits in der exportorientierten ostasiatischen Entwicklung auf der Gegenseite dieser Front. Dieses Bedingungsgefüge ist einzigartig und dürfte sich kaum auf andere Entwicklungsländer übertragen lassen. Darüber hinaus besteht die eigentliche Quelle der chinesischen Wirtschaftsdynamik im Exportsektor des Landes, in dem (in- und ausländische) Privatunternehmen vorherrschen und der fest in die Kreisläufe des Welthandels integriert ist. Dieser Exportsektor ist es, der die Expansion des relativ unprofitablen staatseige-

nen Sektors ermöglichte. Chinas Aufschwung geht also im Wesentlichen auf die Partizipation des Landes an der durch Freihandel und freien Kapitalverkehr gekennzeichneten neoliberalen Weltordnung zurück. Er ist insofern weit davon entfernt, diese Ordnung infrage zu stellen.

Zwar kann der chinesische Aufschwung, da er unter ganz ungewöhnlichen welthistorischen – und übrigens pfadabhängigen – Bedingungen zustande kam, in anderen Entwicklungsländern nicht einfach kopiert werden. Allerdings beeinflusst er Chinas Nachbarn und andere Entwicklungsländer weltweit durchaus, und zwar auf widersprüchliche Weise. Einerseits setzt er andere arbeitsintensiv produzierende Exportländer unter starken Wettbewerbsdruck und veranlasst sie, sich dem sinozentrischen Produktionsnetzwerk und der entsprechenden Wertschöpfungskette anzupassen und einzufügen. Andererseits fördert er in diesen Ländern einen Boom der Industriegüterproduktion. Geopolitisch sieht Peking sich durch Chinas wachsendes Wirtschaftsengagement im globalen Süden dazu genötigt, Machtprojektion zu betreiben, politisch und sogar militärisch, was aber einen Backlash auslöst: Es treibt Chinas Nachbarn und andere Entwicklungsländer dazu, sich enger an die Vereinigten Staaten zu binden. Insgesamt ergibt sich ein zwiespältiges Bild der Auswirkungen, die Chinas Aufschwung auf die Entwicklungsmöglichkeiten des globalen Südens hat. Zwar führt er zu wachsender interimperialer Rivalität zwischen der Volksrepublik als aufsteigendem geopolitischem Machtfaktor und den etablierten Mächten des Westens, insbesondere den USA. Chinas Aufstieg

hat jedoch, anders als viele erwarteten, keine neue politisch-ökonomische Weltordnung ge-

schaffen; vielmehr verstärkt er die Fragmentierung der bestehenden.

Ursprünge und Dynamik des chinesischen Aufschwungs

Nach verbreiteter Auffassung begann der kapitalistische Aufschwung Chinas, als das Land mit der zentralen Wirtschaftsplanung der Maozeit radikal brach. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass der Aufschwung ohne das vielfältige Erbe jener Ära und ohne die Verbindung mit dem exportorientierten Industriekapital, das in der Hochzeit des Kalten Krieges anderswo in Asien entstand, nicht möglich gewesen wäre. Chinas Aufschwung resultierte, wie gesagt, daraus, dass die Ergebnisse der maoistischen Entwicklung und des exportorientierten Wachstumsmodells anderer ostasiatischer Länder eine einzigartige Verbindung miteinander eingingen.

Vom maoistischen Sozialvertrag zur neoliberalen Diktatur

In der Maozeit schaffte es der von der kommunistischen Partei geprägte Staat, karge Agrarüberschüsse abzuschöpfen und zu kumulieren. Durch die Kollektivierung der Landwirtschaft und „Preisscheren“ zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen gelang der Aufbau eines ausgedehnten Netzwerks staatseigenen Industriekapitals in den Städten (Selden 1993; Friedman u.a. 1991; Wen 2000: S. 141-271). Zwar fesselte das System der Haushaltsregistrierung, das die Möglichkeiten der Bauern, aus dem Geburtsort wegzuziehen, beschnitt, diese an ihre Dörfer, doch ihre Lebenserwartung und Alphabetisierungsrate nahm im Ergebnis staatlicher Investitionen in die ländliche Grundschulausbildung und Gesundheitsversorgung erheblich zu (Hes-

keth und Zhu 1997; Ross 2005: S. 1-13). Außer während der vom „Großen Sprung nach vorn“ ausgelösten Hungersnot 1959-61 führte der maoistische Entwicklungspfad fast durchgängig zu hohen BIP-Wachstumsraten, bis Mitte der 1970er Jahre die Wachstumsdynamik des Zentralplanungssystems erschöpft war und die Wirtschaft zum Stillstand kam. Doch im Ergebnis verfügte China jetzt über eine Menge staatlichen Kapitals und eine gewaltige Reserve gesunder und gut ausgebildeter Arbeitskräfte auf dem Land. Und es hatte einen starken Staatsapparat aufgebaut, der weniger als in anderen Entwicklungsländern und sozialistischen Staaten mit Auslandsschulden belastet war. Diese Entwicklungsergebnisse bildeten eine solide Grundlage für die Marktreform, die Maos Nachfolger Ende der 1970er Jahre einleiteten, um die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden (Naughton 1995: S. 55).

Die Marktreform begann mit einer Entkollektivierung und der Wiederherstellung einer bäuerlichen Landwirtschaft Anfang der 1980er Jahre, gefolgt von der Reform der Staatsunternehmen in den Städten und einer Preisreform Ende des gleichen Jahrzehnts. In den 1990ern beschleunigte sich die Reform der industriellen Staatsunternehmen, und die besonders umstrittene Privatisierungsfrage rückte in den Vordergrund. Während dieser Stadien richtete sich der Hauptstoß der Reform auf die Dezentralisierung ökonomischer Planungs- und Regulierungsbefugnisse und eine Öffnung der Wirtschaft – zunächst für Kapital aus der chinesischen Diaspora in Asien und schließlich für transnationale Kapitalzuflüsse aus aller Welt.

Die Dezentralisierung

Im Vordergrund der ersten Reformphase stand eine Dezentralisierung, die wirtschaftliche Entscheidungsbefugnisse auf örtliche Verwaltungen übertrug und diesen zugleich Subventionen der Zentralregierung entzog (Shirk 1993: S. 334f.). Durch Gewinnmöglichkeiten verlockt entwarfen lokale Verwaltungseinheiten angesichts der je unterschiedlichen Ressourcenausstattung unterschiedliche Strategien zur Kapitalakkumulation. Einige betreiben in eigener Regie kollektive Kommunalunternehmen oder wandeln in ihrem Verwaltungsbereich gelegene Staatsbetriebe in gewinnorientierte Firmen um. (Diese Version lokaler Entwicklung wird als „lokaler Korporatismus“ oder „lokales Staatsunternehmertum“ bezeichnet; vgl. beispielsweise Oi 1999; Lin 1995; Walder 1995 oder Duckett 1998.) Andere spielen eine Art Schiedsrichterrolle, statt sich unmittelbar als „Player“ in das lokale Wirtschaftsgeschehen einzuschalten. Sie fördern die Entwicklung vor Ort durch klassische Mittel staatlicher Entwicklungspolitik wie Ausschlussregeln und Bereitstellung der geeigneten Infrastruktur, um die Wachstumschancen ausgewählter Industrie-sektoren zu verbessern, von denen das lokale Steueraufkommen abhängt. (Zur Diskussion über den „lokalen Entwicklungsstaat“ in China vgl. Blecher und Shue 2001; Wei 2002; Zhu 2004 sowie Segal und Thun 2001.)

Weil es sowohl an technischem und Management-Knowhow als auch an Vertriebsnetzen auf Auslandsmärkten mangelt, sind die meisten lokalen Staatsaktivitäten auf entwicklungspolitischem oder unternehmerischem Gebiet stark abhängig von Arbeitskräfte suchendem transnationalem Kapital, zumeist aus der ostasiatischen Region, wenn es um die Schaffung und Erhaltung von Wirtschaftswachstum vor Ort geht. Obwohl ausländische Direktinvestitionen angesichts der kontinentalen Dimension der chinesischen Volkswirtschaft quantitativ weniger ins Gewicht fallen, spielen sie doch

als Antriebskraft für das arbeitsintensive und exportorientierte industrielle Wachstum des Landes eine wichtige Rolle (vgl. Lin 1997, 2000 und Hsing 1998). Beim Stand von 2004 wurden fast 60 Prozent der chinesischen Exportprodukte in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung erzeugt, und dieser Prozentsatz liegt bei Produkten mit höherer Wertschöpfung sogar noch darüber. Diese Zahl ist verblüffend hoch, vergleicht man sie mit den Angaben für andere „asiatische Tiger“ in vergleichbaren Entwicklungsstadien – 20 Prozent für Taiwan und 25 Prozent für Südkorea Mitte der 1970er Jahre, sogar nur 6 Prozent für Thailand Mitte der 1980er. Am Verhältnis zwischen ausländischen Direktinvestitionen (FDI) und Bruttoanlageinvestitionen gemessen ist China unter den ost- und südostasiatischen Staaten seit den 1990er Jahren mit am stärksten von Auslandskapitalzuflüssen abhängig (Hughes 2005; Gilboy 2004; Huang 2003: S. 4-35).

Das in der Mao-Ära massenhaft akkumulierte Staatskapital kam ausländischen Investoren überaus gelegen, gestattete es ihnen doch, sich in ein bereits bestehendes industrielles Netzwerk einfach einzuklinken, indem sie Joint Ventures oder vielschichtige Zulieferbeziehungen mit lokalen Staats- oder Kollektivbetrieben eingingen. So begannen transnationale Industriegiganten wie Boeing, Volkswagen und Toyota ihre Geschäfte in China ursprünglich dadurch, dass sie einfach mit bestehenden staatseigenen Flugzeug- oder Autoproduzenten kooperierten (Chin 2003). Der „grenzenlose“ Nachschub gesunder und gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten, ein weiteres Erbe der Mao-Zeit, hält die Löhne beständig weit unter internationalen Standards. Was Chinas Anziehungskraft auf Kapital aus aller Welt weiter erhöht, ist der Konkurrenzdruck der örtlichen Verwaltungseinheiten untereinander, die zur Steigerung des BIP-Wachstums miteinander darum wetteifern, ausländischen Investoren bestmögliche Bedingungen zu bieten, von Steuervergüns-

tigungen bis zu kostenlosen Industrieansiedlungsflächen.

Ein fragmentierter Autoritarismus

Eine Konsequenz der ökonomischen Dezentralisierung besteht im nachlassenden Einfluss der Zentralregierung. Während die örtlichen Verwaltungseinheiten zu den führenden Betreibern oder unmittelbaren Organen der Kapitalakkumulation werden, zieht die Zentralregierung sich in die Rolle indirekter Einflussnahme zurück, indem sie sich auf den Zuschnitt des makroökonomischen Hintergrunds spezialisiert, vor dem die lokalen Verwaltungen die Entwicklung vorantreiben, auf die Festlegung von Zinssätzen und Wechselkursen beispielsweise oder die gezielte Förderung bestimmter Regionen und Sektoren. Der Machtverlust der Zentralregierung gegenüber den lokalen Autoritäten, was die unmittelbare Wirtschaftspolitik und -verwaltung angeht, veranlasst manche Beobachter, Chinas politische Ökonomie als „fragmentierten Autoritarismus“ zu bezeichnen (so etwa Lieberthal 1992).

Im Lauf der 1990er Jahre versuchte die Zentralregierung, die Macht des Zentrums auf den Gebieten administrativer Regulierung, des Finanzwesens und der Warenwirtschaft wieder zu stärken. Auch die Fiskalreform von 1994 sicherte der Zentralregierung einen größeren Anteil am Steueraufkommen. Doch die Rezentralisierung gelang bestenfalls teilweise, ja blieb im Grunde auf halbem Wege stecken. Zwar konnte Verwaltungsmacht von der Ebene der Landkreise und Gemeinden auf die Provinzebene zurückverlagert werden, nicht aber von dort nach Peking. Zum Ausgleich für eine Verminderung ihres Anteils am Steueraufkommen gewährte man den Provinzregierungen mehr Autonomie in Sachen Wirtschafts- und Einkommenswachstum. Im Ergebnis machte der (Re-)Zentralisierungsversuch die Provinzregierungen gegenüber Peking noch mäch-

tiger und verschärfte so das Phänomen des „verkehrten Föderalismus“ (Mertha 2005). Die Dynamik der andauernden Stärkung der lokalen Autoritäten gegenüber der Zentrale lässt sich nicht ohne Weiteres umkehren, weil dieser Prozess integraler Bestandteil der Marktreform selbst ist.

Soziale Polarisierung

Der Übergang zu Marktverhältnissen zerstörte den Sozialvertrag aus Maos Zeiten, welcher auf kostenloser Gesundheitsversorgung, Bildung, lebenslanger Beschäftigung und anderen durch staatseigene Betriebe und Landkommunen bereitgestellten sozialen Basisdiensten beruht hatte. Kompensiert wurde die Auflösung dieses Sozialvertrags zunächst bis tief in die 1980er Jahre hinein durch steigende Einkommen, die neue Marktchancen auf dem Lande eröffneten, und den Übergang von der Mangel- zur Konsumwirtschaft in den Städten. Im ersten Stadium der Reform bis Mitte der 1980er Jahre konnte es heißen „alle gewinnen“, da die meisten Bevölkerungsgruppen von ihr profitierten (Wang 2000).

Doch seit Mitte der 1980er Jahre, als die Reform in den Städten an Tempo zunahm, hat sich deren soziale Dynamik dramatisch gewandelt. Die Crux der Reform in den Städten bestand darin, aus staatseigenen Betrieben autonome Profitzentren zu machen, indem man die „weiche Budgetbeschränkung“ der Betriebe „härtete“, ihnen also staatliche Subventionen und Verlustübernahmen entzog. Unter dem neu geschaffenen Druck, Gewinne zu erzielen, begannen viele staatseigene Betriebe, Sozialleistungen für ihre Beschäftigten abzuschaffen und lebenslange Beschäftigungsgarantien durch befristete Arbeitsverträge abzulösen. Die Verminderung der Einkommen der Industriearbeiter und ihrer Arbeitsplatzsicherheit ging einher mit galoppierender Inflation und grassierender Korruption, ausgelöst durch

die Preisreform. Diese Reform – die mit einem „zweigleisigen“ System begonnen hatte, mit der Koexistenz festgesetzter Planpreise und ungebundener Marktpreise für solche Schlüsselgüter wie Benzin, Zement, Stahl und andere knappe Grundstoffe – ermöglichte es Regierungsvertretern und Staatsbetriebsleitern, diese Güter zu niedrigen Planpreisen anzukaufen, sie zu horten und dann zu explodierenden Marktpreisen weiter zu verkaufen. Auf diese Art häuften viele Kader – oder deren Familienangehörige und Protégés – enorme Privatvermögen an und verwandelten sich so binnen weniger Jahre in die erste Generation der chinesischen „Kader-Kapitalistenklasse“ oder „bürokratischen Kapitalisten“ (Wen 2004: S. 37). 1988 hatten Inflation, Korruption und Klassenpolarisierung krisenhafte Ausmaße angenommen, was den großen Unruhen von 1989 den Boden bereitete (Naughton 1995: S. 269f.; Wang 2003, S. 46-77; Selden 1993: S. 206-230; Zhao 2001: S. 39-52; Saich 1990; Hartford 1990; Baum (Hg.) 1991).

Mit der blutigen Niederschlagung der Tiananmen-Revolution brach Chinas Weg zu politischer Liberalisierung ab. Zugleich beschleunigte sie den neoliberalen Angriff auf die Rechte der Industriearbeiter. Das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens bewirkte die internationale Isolation des Landes. Um diese zu durchbrechen, griff Deng auf neue KP-Führer zurück. Die aus Schanghai stammenden Jiang Zemin und Zhu Rongji verfolgten dann die ganzen 1990er Jahre hindurch eine scharf neoliberale Agenda, wobei sie sich geflissentlich an den Washington-Konsens hielten und vom US-Finanzkapital beraten ließen. Damit bot man der Clinton-Administration Anreiz und Rechtfertigung dafür, alle Zweifel über das chinesische Parteiregime nach der Tiananmen-Niedererschlagung beiseite zu lassen und im Namen einer Förderung der Menschenrechte durch wirtschaftliche Öffnung und Stärkung der ökonomischen Freiheiten politisch auf China zuzugehen.

In den 1990er Jahren nahmen die wirtschaftliche Liberalisierung und die ihr folgende soziale Polarisierung erheblich schärfere Formen an als in den 1980ern. Eine Welle von Massenentlassungen in den staatseigenen Unternehmen, die in profitorientierte kapitalistische Firmen umgewandelt oder gleich privatisiert wurden, erfasste alle großen Städte. Hierdurch und durch die damit verbundene vollständige Auflösung des in den öffentlichen Unternehmen verankerten Systems sozialer Sicherung entstand eine rasch wachsende städtische Unterschicht. Das Wissen, dass den Staatsbetrieben eine Privatisierungswelle bevorstand, eröffnete Führungskadern und ihren Vertrauten in den 1990er Jahren die Möglichkeit, durch „Insider-Privatisierung“ sehr schnell ungeheuer reich zu werden. So kündigte sich die Bildung einer neuen Klasse von Oligarchen des russischen Typs an (Walder 2002, 2003; Li und Rozelle 2000, 2003). Die Reform machte aus vielen Staatsunternehmen profitorientierte kapitalistische Konzerne, deren Aktien mehrheitlich der Staat hielt. Einige dieser Unternehmen waren an chinesischen und ausländischen Börsen, so etwa in Hongkong, Singapur und New York, notiert. Ohne den festen Griff, in dem der autoritäre Post-Tiananmen-Staat die chinesische Gesellschaft hielt, wäre die störungsfreie Liberalisierung der Wirtschaft unmöglich gewesen, zumindest nicht ohne soziale Unruhen und in diesem Tempo erfolgt.

Kapitalismus in China

In den 1990er Jahren hatte sich der Kapitalismus in China fest etabliert. Die neuen Reichen, zu denen die Klasse der Kader-Kapitalisten, Selfmade-Geschäftsleute, Fachkräfte aus der Mittelschicht und ähnliche Gruppen zählen, sind die Hauptgewinner des neuen Politikkonsenses der Partei in den 1990er Jahren und bilden deren neue soziale Grundlage. Diese Profiteure der Marktreform sind eher Gegner als Pioniere einer politischen Reform. Aus groß

angelegten Meinungsumfragen der letzten Zeit geht immer wieder hervor, dass die meisten Angehörigen der Mittelschicht ebenso wie die meisten Unternehmer in China sich entschieden gegen eine politische Liberalisierung wenden, weil sie fürchten, diese würde zu einer Tyrannei der Unterschichten führen und ihre privaten Profite bedrohen (so z.B. Chen 2002 und Tsai 2007). So hat Chinas Partei-Staat sich in aller Stille aus einem autoritär-sozialistischen Staat, der ein planwirtschaftliches System unterhielt und die Akkumulation von Staatskapital förderte, in einen autoritär-kapitalistischen Staat verwandelt, welcher die private Kapitalakkumulation der Privilegierten sichert und Widerstand von unten gegen diesen Akkumulationsprozess in Schach hält.

Der scharfe Wettbewerb der lokalen Verwaltungseinheiten um ausländische Investitionen hat ebenso wie der kapitalfreundliche autoritäre Staat, der Forderungen der arbeitenden Klassen entgegentrat, dazu beigetragen, China für das globale Kapital attraktiv zu machen – besonders für das Industriekapital, das sich in Japan und den „Tigerstaaten“ während des ostasiatischen Nachkriegsaufschwungs entwickelt hatte. Zwischen 1990 und 2005 machten Investitionen aus Hongkong, Taiwan, Südkorea, Japan und Singapur zusammengenommen 71 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in China aus. Viele dieser Investitionen sind exportorientiert und verwandeln das Land in die „Werkbank der Welt“. Sie erweisen das chinesische Wirtschaftswunder als Fortsetzung des vorausgegangenen ostasiatischen „Wunders“ und binden China fest in das globale Netzwerk des Freihandels ein. Sie sind die Hauptquellen der chinesischen Wirtschaftsdynamik und Profitabilität.

Die zentrale Rolle des Exportsektors

In den 1990er Jahren begann die exportorientierte Industrieproduktion in China Fahrt

aufzunehmen. Zwar war der Exportsektor dank des beginnenden Zuflusses von Industriekapital aus Hongkong schon in den 1980ern entstanden, aber zunächst schwach ausgeprägt, da die meiste auf dem Land verfügbare Arbeitskraft noch in den ländlichen Kollektivbetrieben („township and village enterprises“, oder TVEs) und in dem florierenden Agrarsektor gebunden war. Doch 1994 wurde dann der Renminbi (RMB, die chinesische Währung) mit einem Schlag um über 30 Prozent gegenüber dem Dollar abgewertet und anschließend an diesen gekoppelt, was China für den Export bestimmter Industrieprodukte einen gewaltigen Schub gab.

Am Aufdrehen des chinesischen Exportmotors haben mehrere Faktoren ihren Anteil. Das wegweisende Handelsabkommen der Clinton-Administration mit China von 1999 senkte die Handelsbarrieren für Güter aller Art, während China, das seine Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO beantragte und 2001 Mitglied wurde, im Gegenzug zur Öffnung der amerikanischen und europäischen Märkte für chinesische Produkte den eigenen Markt öffnete. Unerlässlich für den Erfolg der Exportorientierung war allerdings, dass die Lohnkosten der chinesischen Industrieproduktion aufgrund des „unbegrenzten“ Nachschubs „überzähliger“ Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten anhaltend niedrig blieben.

Chinas Fähigkeit, sich unter Bedingungen unbegrenzter Versorgung mit Arbeitskräften zu entwickeln, ist nicht etwa, wie viele annehmen, ein natürliches Phänomen, das auf der Bevölkerungsstruktur des Landes beruht. Es handelt sich vielmehr um eine Folge der staatlichen Agrarpolitik und der Behandlung der ländlichen Gebiete in China, die – gewollt oder ungewollt – letztere ruinieren und zu einem anhaltenden Exodus der Landbevölkerung führen. Seit den 1990er Jahren konzentriert sich die Investitionstätigkeit der chinesischen Regierung im Wesentlichen auf die Küstenstädte

und -regionen, um verstärkt ausländische Investitionen anzuziehen und den Exportsektor zu stärken. Die Investitionen in ländliche Gebiete und Landwirtschaft hinken dagegen weit hinterher. Auch die staatseigenen Banken haben schwerpunktmäßig die städtisch-industrielle Entwicklung finanziert, während die Finanzierung ländlicher Aktivitäten darniederlag. Die Herausbildung dieses Ungleichgewichts der chinesischen Entwicklung liegt zumindest teilweise daran, dass eine mächtige städtisch-industrielle Elite aus den südlichen Küstenregionen bei der Integration Chinas in die Weltwirtschaft den Ton angibt. Diese Elite, die nach der Öffnung des Landes entstand, nahm mit dem Exportboom zahlenmäßig, an finanziellen Mitteln und an politischem Einfluss zu und vermochte es immer besser, die Politik des Zentralstaats auf ihre Interessen zuzuschneiden (vgl. Zweig 2002; Gallagher 2002; Kaplan 2006 und Shih 2008: S. 139-188). Ihr wachsender Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess der Zentrale sorgte dafür, dass die Stärkung der chinesischen Wettbewerbsfähigkeit in Sachen Export und die Anziehungskraft des Landes auf ausländische Investoren zu Lasten der ländlich-agrarischen Entwicklung Priorität genoss. Die durch Hyperinflation und Verschlechterung der Lebensverhältnisse in den Städten ausgelösten Revolten der Stadtbevölkerung von 1989 bestärkten den Partei-Staat nur noch darin, in den 1990er Jahren und darüber hinaus die wirtschaftliche Prosperität und Stabilität der Großstädte auf Kosten der ländlichen Regionen zu sichern (Yang und Cai 2000).

Der Griff der Küstenelite nach der Staatsmacht lässt sich anhand des Hintergrunds der KPCh-Führer illustrieren, die seit 1989 Spitzenpositionen erlangten. Während der ständige Ausschuss des Politbüros – das höchste Entscheidungsgremium der KPCh – zu ungefähr gleichen Anteilen mit Leuten besetzt war, die zuvor entweder in den Küstenprovinzen oder im agrarischen Inland eine Rolle gespielt

hatten, überwog in den 1990er Jahren und danach stets die Zahl der Politbüromitglieder aus den Küstengebieten, mit der 2007er Kohorte als einziger Ausnahme. Es sticht besonders hervor, dass zwei der drei Spitzenleute nach 1989, nämlich Jiang Zemin und Xi Jinping, viele Jahre lang in sehr wichtigen exportorientierten Stadtregionen an der Küste tätig gewesen waren, in Schanghai der eine und der andere in Zhejiang/Fujian (vgl. Hung 2015: Tab. 3.4).

Bevorzugte Entwicklung städtischer Regionen

Eine Konsequenz dieser eigendynamisch zunehmenden urbanen Schlagseite ist die relative ökonomische Stagnation der ländlichen Gebiete und die damit einhergehende Finanznot der dortigen Verwaltungseinheiten. Die Kollektivunternehmen auf dem Lande hatten während der Frühzeit der Marktreform in den 1980er Jahren in Gestalt lokaler – kleinstädtischer und dörflicher – Betriebe als dynamische Beschäftigungsgeneratoren fungiert. Ihr Verschwinden und die Verschlechterung der ländlichen Einkommenssituation und Verwaltungsverhältnisse hat seit den 1990er Jahren die meisten jungen Arbeitskräfte auf dem Lande genötigt, in die Städte abzuwandern. So entstand ein Teufelskreis, der in den ländlichen Gebieten eine soziale Krise auslöste.

Chinas ländlich-agrarischer Sektor wurde nicht allein vernachlässigt, sondern zudem zugunsten des städtisch-industriellen Wachstums ausgebeutet. Zur Finanzierung des letzteren entzog man ihm zwischen 1978 und 2000 finanzielle Ressourcen in beträchtlichem und zunehmendem Ausmaß. Es handelt sich um Transfers mit Hilfe des Fiskalsystems (durch Besteuerung und staatliche Ausgabenpolitik), des Finanzwesens (durch Spareinlagen und Kredite) und anderer Mittel, wie etwa Getreidevermarktung und Rücküberweisungen der

in die Städte Abgewanderten (vgl. Hung 2015: Abb. 3.2; siehe auch Huang 2000 und Wen 2005).

Die kostengünstige, arbeitsintensive, exportorientierte Industrieproduktion zählt seit Mitte der 1990er zu den wesentlichen Triebkräften des chinesischen Wirtschaftsbooms. Der massive Außenhandelsüberschuss, den der Exportsektor erzeugt, sorgt für die Liquidität des Bankensystems – in der Form einer zunehmenden Versorgung mit Devisen-, hauptsächlich Dollar-gedeckten Renminbi – und damit für die Zunahme der hauptsächlich von Staatsunternehmen getätigten Anlageinvestitionen. So bleibt das Bankensystem trotz der nicht sonderlich eindrucksvollen Leistungsbilanz der staatseigenen Unternehmen, die von einer laschen Kreditvergabepraxis staatlicher Banken profitieren, liquide. Es ist geradezu charakteristisch für die chinesische Variante kapitalistischer Entwicklung geworden, sich auf den Export, Anlageinvestitionen und ein Niedriglohnregime, das den Konsum zügelt, zu verlassen. Wie früher schon für die Asiatischen Tiger stellten die Vereinigten Staaten den mit Abstand wichtigsten Exportmarkt dar, worin sie erst vor kurzem von der EU (insgesamt) übertroffen wurden. Die rapide Expansion seiner Exportindustrie hat China bereits zur Nummer 1 unter den asiatischen Exportländern gemacht (Hung 2015: Tab. 3.6).

Alles in allem ist also das die Stadtregionen bevorzugende Entwicklungsmuster, welches das ländliche China ruinierte und die Dorfbevölkerung zur Abwanderung zwang, der Ursprung sowohl der anhaltenden „unbegrenzten“ Versorgung mit (ehemals) ländlichen Arbeitskräften als auch der damit einhergehenden Lohnstagnation, welche das exportgetriebene chinesische Wirtschaftswunder kennzeichnen. Andererseits haben die durch ebendiese Strategie bewirkten niedrigen Industriearbeiterlöhne wie auch der schlechte Lebensstandard auf dem Lande die Expansion des heimischen

Verbrauchermarkts behindert und dessen Abhängigkeit von der Konsumnachfrage der (über)entwickelten Länder verstärkt. Deren Wachstum hängt zunehmend davon ab, dass diese Länder sich bei China und anderen asiatischen Exportländern massiv verschulden. Dieses Wachstumsmuster, das sich in starke Abhängigkeit von der Außennachfrage – insbesondere der Nachfrage amerikanischer Konsumenten – begibt, ist eindeutig riskant. Doch so lange die Verbrauchermärkte in den Vereinigten Staaten und Europa weiter expandieren, wie es während des kreditfinanzierten Hyper-Konsumismus in den 1990er und 2000er Jahren fast durchgängig geschah, garantiert Chinas beeindruckende Exportmaschine das Wirtschaftswachstum und den staunenswerten ökonomischen Erfolg des Landes, für den sie steht.

Mancher mag meinen, angesichts des hohen Anteils investiver Ausgaben im chinesischen BIP werde das Wirtschaftswachstum des Landes mindestens so stark wie durch den Export durch die Inlandsinvestitionen chinesischer Staatsunternehmen und verschiedener Ebenen der Staatstätigkeit angetrieben. Allerdings darf man nicht vergessen, dass die meisten Anlageinvestitionen in der chinesischen (Binnen-) Wirtschaft durch Bankkredite finanziert sind und dass ein beträchtlicher Teil der Liquidität des chinesischen Bankensystems aus einem „Sterilisierungs“-Prozess stammt, bei dem Exporteure die erwirtschafteten Devisen im Austausch gegen einen äquivalenten Betrag in Renminbi, der von der chinesischen Zentralbank ausgegebenen Landeswährung, staatlichen Banken übertragen. Die Liquidität im chinesischen Bankensystem entstammt also, anders gesagt, größtenteils dem wuchernen Außenhandelsüberschuss. Auf seinem Höhepunkt im Jahr 2007 belief sich Chinas Leistungsbilanzüberschuss auf 47 Prozent des – in der Geldmenge M2 gemessenen – Volumens, um das die Geldversorgung der chinesischen Volkswirtschaft in jenem Jahr ausgeweitet wur-

de. Diese Liquidität fließt im Kontext der hohen Sparrate Chinas größtenteils in Bankkredite zur Finanzierung von Anlageinvestitionen durch Staatsbetriebe und örtliche Verwaltungseinheiten. Wer sagt, dass Chinas Exportsektor die Mutter seines kapitalistischen Booms ist, übertreibt nicht.

Produktionsgeographien

Chinas boomender Exportsektor hat die Produktionsgeographie Ostasiens neu konfiguriert, indem er die älteren Exportländer dort durch die Regionalisierung der Industrieproduktion zunehmend in die chinesische Exportmaschine integrierte. Kaum hatte China begonnen, sich in den 1990er Jahren als der wettbewerbstärkste asiatische Exporteur – unterschiedlich hoch entwickelter – technologischer Erzeugnisse zu etablieren, da gerieten ältere Exportländer der Region, wie Japan und die „Vier Tiger“, zusammen mit einer Gruppe aufstrebender Exporteure in Südostasien, wie etwa Malaysia und Thailand, unter enormen Anpassungsdruck. Die Konkurrenzfähigkeit der chinesischen Exportwirtschaft wirkte als Anreiz, erhebliche Teile der Exportproduktion anderer asiatischer Volkswirtschaften nach China zu verlagern. Manche behaupten sogar, die Erosion der industriellen Profitabilität unter dem chinesischen Wettbewerbsdruck sei eine der tieferen Ursachen der asiatischen Finanzkrise von 1997-98 gewesen (so Krause 1998).

Während das industriewirtschaftliche Erstarken der Volksrepublik die bestehende exportorientierte Industrielandschaft der ganzen Region durcheinander wirbelte, bauten Chinas Nachbarn ihre Exportmaschinen zielbewusst derart um, dass sie die frontale Konkurrenz mit China reduzieren und von dessen Aufstieg profitieren konnten. In der alten industriellen Ordnung Ostasiens hatte jedes Land spezifische Sortimente zum Verbrauch bestimmter Fertigwaren hergestellt. Chinas Aufstieg führ-

te zu einer neuen, sinozentrischen Ordnung, in der die meisten Volkswirtschaften Asiens vermehrt (wie etwa Korea und Taiwan) Komponenten und Teile mit hoher Wertschöpfung sowie (wie Japan) Kapitalgüter nach China lieferten, wo diese Kapitalgüter und Komponenten dann der Assemblage von Fertigprodukten für den Export auf die Märkte der reichen Länder dienten (Haddad 2007; Baldwin 2006; Ando 2006).

Im Laufe der 1990er Jahre überflügelten die Exporte Südkoreas, Honkongs und Taiwans nach China deren Ausfuhren in die Vereinigten Staaten, während auch Japans und Singapurs Chinaexporte rasch anwuchsen und sich dem Gewicht ihrer Ausfuhren in die USA annäherten (vgl. Hung 2015: Abb. 3.7). 2005 war es soweit, dass an die Stelle des auf Japan ausgerichteten „Fluggänsemodells“ des asiatischen Regionalismus (das einer Flugformation dieser Vögel glich) ein sinozentrisches Produktionsnetzwerk getreten war. In diesem hatte China sich auf der Basis der Belieferung mit den zur Assemblage der Endprodukte benötigten Komponenten und Maschinen durch seine asiatischen Nachbarn zum größten Exporteur von Fertigwaren für den Konsum im globalen Norden entwickelt.

Durch dieses sinozentrische Produktionsnetzwerk und die zunehmende Abhängigkeit des ostasiatischen Exportwachstums von China werden die Begrenzungen und Schwachstellen des chinesischen Entwicklungsmodells – angesichts seiner übergroßen Abhängigkeit von schuldenfinanzierter Konsumnachfrage in den reichen Ländern und des lethargischen Wachstums seines Binnenmarkts – unvermeidlich auch auf andere asiatische Volkswirtschaften übertragen. Die Nachhaltigkeit der chinesischen Entwicklung und ihre Grenzen betreffen daher keineswegs nur das Wirtschaftswachstum der Volksrepublik. Es geht zugleich um die gemeinsame Zukunft Ostasiens als integrierter Wirtschaftsblock.

Die Überakkumulationskrise

Als 2008 die Finanzblase und mit ihr die schuldenfinanzierte Konsumblase in den Vereinigten Staaten platzten und die US-Wirtschaft in ein tiefes und langes Tal trieb, kollabierte auch Chinas exportgetriebene Wirtschaft. Doch Peking brachte schon bald – 2009/2010 – einen starken Wiederaufschwung zustande, indem es die Staatsbank(en) veranlasste, die Kredit-schleusen weit zu öffnen, hauptsächlich für Anlageinvestitionen durch Staatsunternehmen und lokale Verwaltungseinheiten. Dieser starke Wiederaufschwung Chinas mitten im amerikanischen Abschwung ist es, der die Vorstellung aufkommen ließ, China habe die Vereinigten Staaten als eigentlicher Motor des globalen Kapitalismus abgelöst.

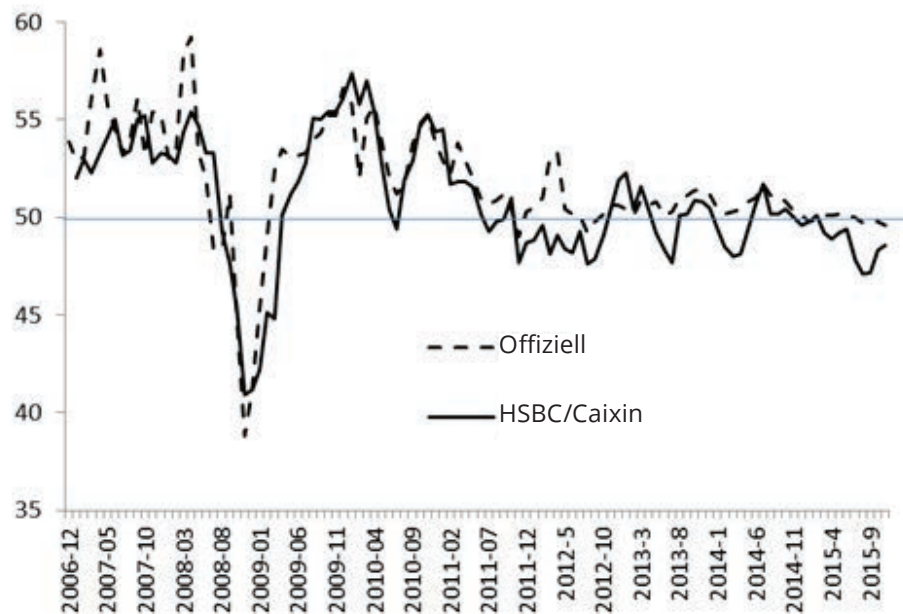
Allerdings haben die Schwächung der chinesischen Exportmaschine und die waghalsige Ausweitung der Investitionen während des Wiederaufschwungs von 2009/2010 eine gewaltige Schuldenblase anschwellen lassen, der keine entsprechende Ausweitung der chinesischen Devisenreserven mehr gegenübersteht. Zwischen 2008 und Anfang 2015 schossen die offenstehenden Schulden in China von 148 Prozent des BIP auf 282 Prozent empor, womit sie das Verschuldungsniveau in den USA und in den meisten anderen Entwicklungsländern übertrafen. Chinas Devisenreserve, die lange immer nur angewachsen war, begann 2014 zu schrumpfen. Dabei werden die vielen überflüssigen Bauten und Infrastruktureinrichtungen, die im Zuge des schuldenfinanzierten Wiederaufschwungs entstanden, keine Gewinne abwerfen, zumindest nicht kurzfristig. Ob die Schulden bedient und abgebaut werden können, ist zweifelhaft, so dass eine tickende Zeitbombe geschaffen wurde. China hat deshalb keinen Spielraum mehr dafür, durch Anlageinvestitionen Wachstum zu generieren, obwohl der Exportsektor immer noch zu kämpfen hat. Was die Situation für das Kapital noch ver-

schlimmert ist die Eskalation des bäuerlichen Widerstands und der Arbeiterunruhen in China seit den 1990er Jahren. Sie zwangen den Parteistaat, Zugeständnisse zu machen und die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande zu verbessern (was letztlich den Zustrom ländlicher Wanderarbeiter in die Exportsektoren an der Küste drosselt), desgleichen die Arbeitsbedingungen in der Industrie. Diese Zugeständnisse bewirken Lohnsteigerungen und bringen die Profitabilität des Kapitals stärker unter Druck.

Industriekapazitäten, Infrastruktur, Wohnungen, Kohlengruben, Stahlhütten etc. – sie alle vermehrten sich während der Boomjahre und des Wiederaufschwungs nach 2008 rapide, wodurch allenthalben Überkapazitäten entstanden und die Profitrate absank. Hierdurch gerät China in eine typische Überakkumulationskrise, von der die vielen Geisterstädte und stillgelegten Fabriken überall im Lande zeugen. Den Verlust an Dynamik, den die chinesische Wirtschaft nach dem Wiederaufschwung von 2009/2010 erlitt, veranschaulicht die Entwicklung des PMI (Purchasing Manufacturing Index), eines Leitindikators, der den Zustand des industriellen Sektors misst (siehe Abb. 1, folgende Seite). Ein PMI über 50 Punkte zeigt eine Expansion der Industrieproduktion an, ein Wert unter 50 Punkte hingegen deren Schrumpfung. Nach dem Wiederaufschwung von 2009/2010 ist der Index stetig gesunken. Derzeit pendelt er um die Stagnationsmarke von 50 Punkten – ein bezeichnender Unterschied zu den Zeiten anhaltender Expansion vor 2008.

Diese Überakkumulationskrise hat den kürzlich eingetretenen Verfall der Börsenwerte und die beginnende Kapitalflucht ausgelöst, die zu der starken Abwertung der chinesischen Währung im Jahr 2015 führte.

Abb. 1: Chinas Einkaufsmanagerindex (PMI) für das verarbeitende Gewerbe, 2006-2015



Überakkumulationskrisen sind so alt wie der Kapitalismus selbst. Wie Lenin einst in seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ diagnostizierte, treibt eine Überakkumulationskrise im eigenen Land die Kapitalisten dazu, auf der Suche nach Gegenden, in denen die Profitrate höher liegt, Kapital zu exportieren. So geschah es auch, als Industriekapital aus den Kernländern des Systems seit den 1970er Jahren nach Asien und China abzuwandern begann. Jetzt aber ist China an der Reihe, Opfer einer Überakkumulation zu werden, und bekommt den Drang zum Kapitalexport zu spüren. Indessen ist Chinas Kapitalexport seit Anfang der 2000er Jahre ständig gewachsen. Das Volumen der chinesischen Direktinvestitionen im Ausland stieg von 28 Mrd. US-Dollar im Jahr 2000 auf 298 Mrd. 2012, auch wenn es im Vergleich zum Kapitalexport kleinerer fortgeschrittener Volkswirtschaften wie Singapur immer noch gering ist (vgl. Hung 2015: Tab. 5.4).

Gestützt auf die gewaltigen Devisenreserven, die der Exportsektor einbrachte, agierten bei Chinas Investitionen in den globalen Süden,

besonders in Afrika und Südostasien, chinesische Staatskonzerne an vorderster Front. Meist handelt es sich dabei um Energiefirmen und solche, die Infrastrukturbauten ausführen. Auch chinesische Unternehmen haben Produktionsbereiche in Länder wie Tansania und Vietnam ausgelagert, wo die Löhne niedriger liegen. Der gleiche Drang, überschüssiges Kapital zu exportieren, erklärt chinesische Ambitionen, jetzt eine „neue Seidenstraße“ („One Belt, One Road“) anzulegen, ein zweisträngiges Netzwerk aus Häfen, Eisenbahnstrecken und Fernstraßen, das quer durch Zentralasien und den Indischen Ozean China auf dem See- wie auf dem Landweg mit Europa verbinden soll. Nach Lenins Vorhersage veranlasst der Kapitalexportdrang die Ursprungsstaaten dieser Kapitalien allerdings zwangsläufig zur Projektion ihrer politischen und militärischen Macht, um so den Akkumulationsprozess des exportierten Kapitals schützen zu können. Dies wiederum führe zu imperialistischer Expansion und inter-imperialistischer Rivalität mit anderen kapitalexporthierenden Mächten. Wir werden darauf zurückkommen.

Die nächsten beiden Kapitel sollen zeigen, wie Chinas wirtschaftlicher Aufstieg, vorangetrieben durch exportorientiertes Wachstum und binnenländische Anlageinvestitionen gleichermaßen, wie auch der wachsende Drang

dieses Landes, Kapital in alle Welt zu exportieren, den entwicklungspolitischen Kontext und die geopolitischen Kräfteverhältnisse in Asien, aber auch weit darüber hinaus, verändern.

Neue Entwicklungsmuster im Globalen Süden

Chinas wirtschaftlicher Aufschwung wurde, wie wir sahen, durch einzigartige Voraussetzungen und Begleitumstände gefördert, die sich kaum auf andere Entwicklungsländer übertragen lassen. Die Frage ist, wie ein solcher Aufschwung die weltwirtschaftlichen Verhältnisse wandelt(e), die die Entwicklungsaussichten in anderen Volkswirtschaften des Globalen Südens konditionieren. Die Auswirkungen des China-Booms auf Afrika, Lateinamerika und Asien sind, um es gleich zu sagen, widersprüchlich.

Im Verlauf der letzten zehn Jahre haben Chinas expandierende Handels- und Investitionsbeziehungen mit anderen, insbesondere afrikanischen Entwicklungsländern zunehmende Aufmerksamkeit auf sich gezogen und eine heftige Debatte ausgelöst, die sowohl in der Entwicklungs- wie in der entwickelten Welt geführt wird. In den zahlreichen Medienberichten und Polemiken zu diesen Fragen finden sich solche, in denen China als neuer Erlöser der Entwicklungswelt erscheint, der unterdrückte Entwicklungsländer aus der neokolonialistischen Tyrannei westlicher Mächte befreit. Anders als westliche Länder und die von den Vereinigten Staaten und Europa dominierten internationalen Finanzorganisationen, die Hilfen, Kredite, Investitionen und Handelsabkommen häufig mit Reformforderungen verknüpfen und politische Schritte verlangen, die westliche Interessen begünstigen, erweist sich China angeblich als Alternativangebot: Diese Wirtschaftsmacht bietet Handels- und Investitionschancen, ohne

sie mit Auflagen zu verknüpfen. Andere Autoren hingegen beschuldigen China, es sei nichts anderes als eine weitere (Neo-)Kolonialmacht, die die Bodenschätze anderer Entwicklungsländer für ihre eigenen Entwicklungsbedürfnisse auszubeuten suche, ohne Rücksicht auf die langfristigen Folgen für eine nachhaltige Entwicklung der betreffenden Länder selbst. Ja, China wird, schlimmer noch, als merkantilistischer Staat betrachtet, der seinen Exportmarkt auf Kosten der Industrien anderer Länder aggressiv auszuweiten sucht. Manche klagen, Chinas wachsender Appetit auf Rohstoffe und seine Billigexporte industrieller Güter hätten viele Volkswirtschaften im globalen Süden faktisch deindustrialisiert und diese so in die Abhängigkeit vom Rohstoffexport zurückgestoßen.

Ernsthaftere wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit diesen widersprüchlichen Behauptungen über Chinas Einfluss auf andere Entwicklungsländer auseinandersetzen, gibt es erst seit einigen Jahren. Sie ergeben ein vielschichtigeres Bild als die polemischen Einschätzungen mancher Politiker und Kommentatoren.

Rohstoff- vs. Industriegüterexporteure

Die Entwicklungsforschung hat eine Fülle von Studien hervorgebracht, die herausstellen, wie sehr es Entwicklungsländern nützt, sich durch Diversifizierung vom bloßen Rohstoff-

export zu emanzipieren. Seit der Kolonialära und bis in die Zeiten der Unabhängigkeit hinein waren viele Entwicklungsländer Gefangene einer „Monokultur“-Wirtschaft, die jedes dieser Länder in der Abhängigkeit vom Export weniger oder gar eines einzigen Agrarprodukts und/oder Rohstoffs in entwickelte Länder beließ. Die gänzlich außerhalb der Kontrolle dieser monokulturellen Exporteure erfolgenden Schwankungen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt machten deren Entwicklung extrem instabil (ausgenommen lediglich die der Ölexporteure). Doch selbst wenn für die Rohstoffe, die sie exportieren, stabile und angemessene Preise gezahlt werden, bleiben diese Volkswirtschaften anfällig für die „holländische Krankheit“ oder den „Rohstoff-Fluch“ – das heißt dafür, dass die Weltnachfrage nach ihren Rohstoffexporten den Kurs der Landeswährung in die Höhe treibt, was die Entwicklung ihrer Exportindustrien behindert und ihre Eliten dazu verleitet, mit dem Konsum importierter Luxusgüter zu prahlen. Folglich müssen Entwicklungsländer, die sich um ein ausgewogenes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum bemühen, den Rohstoffexportsektor ebenso wie die mit diesem Sektor verbundenen Interessengruppen zurückdrängen, um Raum für das Wachstum anderer Sektoren, vor allem des industriellen, zu schaffen (vgl. etwa Karl 1997; Sachs und Warner 1995; Shafer 1994; Gallagher und Porzecanski 2010).

Genau darum haben die meisten Entwicklungsländer sich in der Nachkriegszeit bemüht: die Abhängigkeit vom Rohstoffexport zu vermindern und sich zu industrialisieren, sei es durch Import-Substitution (das heißt durch die Abschottung gegen ausländische Importgüter, um einheimischen Industrien zu größeren Binnenmarktanteilen zu verhelfen), sei es durch eine exportorientierte Industrialisierung (also durch Subventionierung und Promotion des Verkaufs einheimischer Industrieprodukte für den Weltmarkt). Chinas Aufstieg hat derartige Bestrebungen in vielen Entwicklungsländern

behindert oder ganz zum Erliegen gebracht. Zunächst einmal hat Chinas wachsende Nachfrage nach Öl, anderen Rohstoffen, Agrarprodukten und dergleichen die Weltmarktpreise dieser Waren in die Höhe getrieben, was Rohstoffexporteuren in aller Welt zu enormen Einkünften verhalf. Diese profitieren von China entweder unmittelbar, indem sie dorthin exportieren, oder mittelbar durch den allgemeinen Anstieg der Rohstoffpreise, den die chinesische Nachfrage verursacht. Ein IWF-Bericht bestätigt, dass „China für die Rohstoffmärkte immer wichtiger wird. Seine Marktposition und sein Einfluss auf Welthandel und Preise variieren, je nachdem, um welchen Rohstoff es geht; China ist insbesondere zum dominanten Importeur von Grundmetallen und landwirtschaftlichen Rohstoffen geworden, während es auf den Nahrungsmittel- und Energiemärkten eine geringere, aber zunehmende Rolle spielt.“ (Roache 2012: S. 21)

Der Anstieg der Profite, die Rohstoffexporteure erzielen konnten, hatte überall in der Entwicklungswelt zur Folge, dass Bergbauindustrien und Agrofirmer boomten und expandierten, womit sie den gängigen Entwicklungsstrategien, den Rohstoffexportsektor einzudämmen, in vielen Ländern genau entgegenwirkten. So verdoppelten sich beispielsweise in Brasilien zwischen 1990 und 2005 die für den Sojabohnenanbau genutzten Bodenflächen. Diese Flächen wurden bis tief in das ökologisch hochverletzliche Amazonasgebiet hinein ausgeweitet, um die Nachfrage aus China bedienen zu können, die 42,7 Prozent des brasilianischen Sojabohnenexports ausmachte (Gallagher und Porzecanski 2010: S. 31f.; USDA 2004). In Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern expandierte in vergleichbarer Zeit auch der Kupfererzabbau stark: Zwischen 2000 und 2006 wuchs der lateinamerikanische Kupferexport insgesamt um 237,5 Prozent, wobei der Zuwachs größtenteils nach China ging (Gallagher und Porzecanski 2010: S. 22 u.a.).

Das Gleiche geschah in Afrika. Neben Öl produzierenden Ländern wie dem Sudan und Nigeria profitieren auch Länder mit reichen Erzvorkommen von der wachsenden chinesischen Nachfrage. Das gilt beispielsweise für die von China hervorgerufene massive Steigerung der sambischen Kupferexporte.

Parallel zu dieser Ausweitung der Rohstoffexporte geriet die Industrieproduktion der betreffenden Länder unter Druck. Für alle großen Länder Lateinamerikas gilt, dass sie über 80 Prozent ihrer Fertigwarenexporte unmittelbar, zumindest aber teilweise, durch chinesische Exporte bedroht sehen (Ebd.: S. 50). Sowohl die internationalen als auch die inländischen Märkte für lateinamerikanische Fertigwaren beginnen sich mit chinesischen Erzeugnissen zu füllen.

Wie andere Entwicklungsländer auf den Chinaboom reagieren

Indem wir den Trend expandierender Rohstoffexporte in seinen Zusammenhang mit einem korrespondierenden Trend stellten, nämlich dass die heimischen Industrien unter wachsenden Wettbewerbsdruck geraten, konnten wir zeigen, wie Chinas Aufstieg Verhältnisse schuf, die in der Entwicklungswelt möglicherweise zu Deindustrialisierung und einem Rückfall in die Abhängigkeit vom Export natürlicher Ressourcen führen. Die Frage, ob und inwieweit dieser Wandel den langfristigen Entwicklungsaussichten einzelner Entwicklungsländer tatsächlich schadet oder ob er ihnen nutzt, ist allerdings unterschiedlich zu beantworten, je nach dem Zuschnitt der politischen Ökonomie des jeweiligen Landes.

So haben beispielsweise die meisten lateinamerikanischen Länder ihre Bergbaukonzerne reguliert oder in Staatseigentum überführt, weshalb sie zumindest teilweise beeinflussen können, zu welchen Preisen und

in welchem Umfang die gefragten Rohstoffe gefördert bzw. exportiert werden. Sie sind daher in der Lage, mit China und anderen Abnehmern zu verhandeln, damit ihre Interessen bei Geschäftsabschlüssen weitestmöglich berücksichtigt werden.

Die Staaten können auch Institutionen schaffen, die Gewinne aus dem boomenden Rohstoffsektor anderen Verwendungen zuführen, etwa langfristigen Investitionen, der Förderung einer wirtschaftlichen Diversifizierung und der Armutsbekämpfung. Da wären einige außerordentliche erfolgreiche Beispiele anzuführen. So hat beispielsweise die chilenische Regierung einen „Wirtschaftlichen und Sozialen Stabilitätsfonds“ eingerichtet, der in Boomzeiten einen Teil der Gewinne aus dem Rohstoffexportsektor absaugt und diese Rücklagen in Schwächeperioden für geldmarktpolitische Maßnahmen, Investitionen und steuerliche Anreize einsetzt. Das dämpft das Ausmaß, in dem die Volatilität der Rohstoffpreise sich auf die Gesamtwirtschaft auswirkt, ungeachtet der Tatsache, dass Chile von Rohstoffexporten abhängiger wird (Gallagher und Porzecanski 2010: S. 32-37). Ein anderes Beispiel liefert Brasilien, das unter Präsident Lula, als die brasilianische Wirtschaft sich, angetrieben von Rohstoffexporten, kräftig entwickelte, eine Reihe effizienter Umverteilungseinrichtungen geschaffen hat (etwa das bekannte „Bolsa-Familia“-Sozialprogramm mit seinen Bargeldtransfers an die Armen).

Derartige Einrichtungen in bestimmten lateinamerikanischen Ländern sorgen dafür, dass die Gewinne aus der Rohstoff-Bonanza gleichmäßiger verteilt werden und dass Überschüsse der Industriewirtschaft zur Finanzierung langfristiger Investitionen kanalisiert werden, etwa in Bildung, Infrastruktur und die Stärkung solcher Wirtschaftssektoren, von denen das nachhaltige Wachstum des Landes letztlich abhängt.

Anders als in Lateinamerika, wo viele Ressourcen fördernde Unternehmen aus der Region stammen oder sogar dem betreffenden Staat gehören, gibt es in zahlreichen afrikanischen Ländern keine wettbewerbsfähigen einheimischen Bergbauunternehmen, weshalb sie die Förderung ihrer Bodenschätze ausländischen Konzernen überlassen müssen. Ihr wachsender Rohstoffexport nach China geht ausnahmslos mit Investitionen chinesischer Staatsunternehmen in den Bergbausektor des jeweiligen Landes einher. In vielen Fällen besitzen und betreiben chinesische Staatsunternehmen zusammen mit anderen transnationalen Bergbaukonzernen alle Stationen von den Bergbaustandorten bis zu den Ausfuhrhäfen und kontrollieren so die gesamte Warenkette. Unter diesen Umständen befinden die afrikanischen Staaten sich ihren chinesischen Partnern gegenüber in einer wesentlich schlechteren Verhandlungsposition als die lateinamerikanischen. Chinesische Firmen neigen deshalb dazu, so viel Material aus der Erde zu holen und zu verschiffen, wie sie brauchen, und zwar so zügig wie sie wollen, ohne den langfristigen Auswirkungen auf die örtliche Wirtschaft und Umwelt große Beachtung zu schenken.

Es lässt sich gewiss darüber streiten, ob die Praktiken der chinesischen Unternehmen schlimmer oder besser sind als die der westlichen, die den afrikanischen Rohstoffsektor lange Zeit kontrollierten. Eines steht jedoch fest: alle diese Unternehmen neigen dazu, die eigenen Interessen über die langfristigen Entwicklungsaussichten ihrer Gastgeberländer zu stellen. Ein Beispiel liefert die Kupferbranche Sambias, in der chinesische Unternehmen expandieren, den Arbeitsmarkt prekarisieren und mit korrupten Verwaltungen vor Ort kungeln, um ihre Gewinne kurzfristig zu maximieren (Haglund 2009; Lee 2009).

Die Konkurrenz mit chinesischen Fertigwarenprodukten wirkt sich von Land zu Land unterschiedlich aus, je nachdem, welchen Stellen-

wert die Industrie eines Landes in der Wertschöpfungskette einnimmt. Kevin Gallagher und Roberto Porzezanski (2010) zufolge leiden, obwohl fast alle lateinamerikanischen Länder betroffen sind, manche mehr als andere unter dem Konkurrenzdruck chinesischer Fertigwaren. Am stärksten betroffen ist Mexiko, weil die einheimische Industrie sich auf eine ganz ähnliche Produktpalette konzentriert hat wie die chinesischen Produzenten und weil die Exportwirtschaft beider Länder stark abhängig vom nordamerikanischen Markt ist.

Wenn wir den Einfluss der chinesischen Industrieproduktion auf andere asiatische Volkswirtschaften und auf Lateinamerika mit etwas mehr Abstand betrachten, sehen wir ein bunteres Bild. Wie weiter oben gezeigt, haben sich viele asiatische Nachbarn Chinas, nachdem dessen Aufstieg zur industriellen Großmacht sich zunächst in Form der asiatischen Finanzkrise auf sie ausgewirkt hatte, wirtschaftlich umorientiert und ihre Industriestruktur so verändert, dass sie besser zu China passt. Seit sie sich auf Erzeugnisse konzentrieren, die entweder höher oder niedriger in der Wertschöpfungskette rangieren als Chinas Produkte, stehen sie nicht mehr unmittelbar in Konkurrenz mit dem großen Nachbarn. Darüber hinaus befasst sich ein Großteil des chinesischen Exportsektors mit Weiterverarbeitungsvorgängen, in denen von anderen asiatischen Produzenten bezogene Komponenten zu den Endprodukten assembliert werden, die dann mit dem Stempel „Made in China“ in den Export gehen. So hat sich in Asien ein Produktionsnetzwerk entwickelt, in dem Chinas Komponenten- und Ausrüstungszulieferer aus dessen Aufstieg zum industriellen Kraftzentrum Nutzen ziehen. Die Situation der asiatischen Volkswirtschaften unterscheidet sich also erheblich von jener der lateinamerikanischen, deren Rolle in einem sinozentrischen Produktionsnetzwerk eher in der Versorgung mit Rohstoffen als in der Komponentenzulieferung besteht.

Chinas geopolitisches Vordringen in Asien und darüber hinaus

Die Zunahme seines wirtschaftlichen Einflusses in Asien veranlasst China, seine wachsende ökonomische Stärke bewusst dafür einzusetzen, sich als regionale Führungsmacht zu etablieren. Wie es mit seinen Nachbarn umgeht, mag einen Vorgeschmack auf seinen künftigen Umgang mit anderen Weltregionen geben. Zwar war China historisch zu keiner Zeit eine Macht von weltpolitischer Reichweite, doch in Asien spielte das chinesische Reich durchaus die Rolle des Hegemons, bis die imperialen Westmächte dann die vormoderne Weltordnung des Kontinents zerschlugen. Manche halten die Form, die Chinas wachsende Regionalmacht in einer der US-Hegemonie entgleitenden Welt annimmt, für eine Art Wiedergeburt der vormodernen sinozentrischen Regionalordnung. Deren Logik unterscheidet sich allerdings ganz beträchtlich von der des Westfälischen Staatensystems europäischen Ursprungs. Um zu begreifen, wie der politische Aufstieg Chinas zur Neuordnung Asiens beiträgt, bedarf es eines historischen Rückblicks auf Chinas Verhältnis zur übrigen Welt seit kaiserlichen Zeiten.

Die sinozentrische Tributordnung Asiens

Folgt man dem japanischen Historiker Takeshi Hamashita (2008), so dominierte in Chinas vormoderner Weltsicht ein Universalismus, der für das chinesische Reich keine klaren Grenzen zwischen „innen“ und „außen“ kannte. Vielmehr besteht die Welt in der Sicht des kaiserlichen China aus konzentrischen Kreisen mit dem Kaiser als Mittelpunkt. Jenseits des Zentrums gibt es zunächst die reichsunmittelbaren Provinzen als ersten Kreis, sodann als zweiten, weiter außerhalb, tributpflichtige Vasallen. Im Unterschied zum imperialen Modell westlichen Zuschnitts, dessen Ursprünge

in der Römerzeit liegen, basiert das chinesische nicht auf der Logik des Tributeinzugs durch das Zentrum. Von Europas System des Westfälischen Friedens, das auf einem Kräftegleichgewicht zwischen den Staaten beruht, unterscheidet sich das kaiserlich-chinesische ebenfalls. Dieses geht im Grundsatz von einer Wechselbeziehung zwischen dem wohlwollenden Zentrum und der Loyalität seiner Peripherie aus. Emissäre der tributpflichtigen Vasallen des chinesischen Reichs brachten Botschaften und Geschenke in die Reichshauptstadt, und im Gegenzug erhielten diese Emissäre vom Kaiser höherwertige Geschenke. In diesem System leiteten die Herrscher der tributpflichtigen Staaten ihre Legitimation aus der Bestätigung durch den Kaiser ab, während von der Loyalität der Tributpflichtigen die Sicherheit der Reichsgrenzen abhing. Gelegentlich entsandte das chinesische Reich Truppen in Vasallenstaaten, um dort widerborstige Herrscher durch gefügigere zu ersetzen (Kang 2010).

Dieses Tributsystem festigte sich, als die Tang-Dynastie (618-906 u.Z.) in Xi'an als Reichshauptstadt residierte. Dort nahm sie gelegentlich aus Zentralasien kommende Tribute entgegen. Schon vor der Song-Dynastie, als nomadische Invasionen aus dem Norden den Schwerpunkt des chinesischen Reichs südwärts verschoben, kam es vermehrt zu offiziellen und inoffiziellen chinesischen Aktivitäten im maritimen Asien. Diese kulminierten zur Zeit der Ming-Dynastie (1368-1644 u.Z.) und führten zur Ausweitung des sinozentrischen Tributsystems nach Südostasien und Japan. In dem Maße, in dem der private Seehandel in Asien zunahm, profitierten die Tributmissionen nicht mehr nur von den Gegengeschenken des chinesischen Kaisers, sondern auch von den Handelsgeschäften, welche die derartige Missionen nach China begleitenden Kaufleute tätigten. Diese Handelsaktivitäten nahmen

schließlich so stark zu, dass das sinozentrische Tributsystem de facto zu einem Tribut-Handels-System wurde (Hamashita 2008; Kang 2010).

Nicht immer funktionierte dieses Tributsystem friedlich. Manchmal versuchten aufsteigende Mächte in der Region, die chinesische Hegemonie in Frage zu stellen, entweder, indem sie sich der politischen und wirtschaftlichen Bindung an China zu entziehen bemühten, oder durch den Aufbau eigener Tribut-Handels-Systeme. So kam etwa Hideyoshi, nachdem er Japan geeinigt hatte, auf den Gedanken, Chinas Stellung als Asiens Zentrum usurpieren zu können. In den 1590er Jahren eroberte er Korea. Doch seine Bestrebungen scheiterten, als die chinesische Armee die japanischen Streitkräfte aus Korea vertrieb. Hideyoshis Nachfolger, der Schogun Tokugawa, entschloss sich zu einer Abschottungspolitik: Handelsgeschäfte mit China wurden unter Strafe gestellt und nach 1600 keine Tribut-Delegationen mehr dorthin entsandt (Howe 1996). Zudem machte Japan sich das Königreich Riukiu tributpflichtig, das zuvor ein Vasall Chinas gewesen war. In den 1870er Jahren wurde dieses Gebiet schließlich dem modernen Japan einverleibt, wo es heute als Präfektur Okinawa firmiert.

Die Auflösung der sinozentrischen Tributordnung

Hamashita zufolge muss man die Herausbildung der modernen Staatenordnung Asiens im Lichte der Transformation dieses bodenständigen Tribut-Handels-Systems sehen. Die Auflösung des sinozentrischen Systems im Zuge der Kolonisierung der chinesischen Vasallen – Burmas und Vietnams etwa – durch westliche Mächte, eröffnete Japan neue Möglichkeiten. Dieses Land hatte sich nach der Meiji-Restauration von 1868 erfolgreich industrialisiert und zu einem modernen Zentralstaat entwickelt.

So konnte es unter den neuen Bedingungen auf seine alten Ambitionen zurückkommen und versuchen, Chinas zentrale Rolle in Asien zu usurpieren. Japans Bestreben, eine Großasiatische Wohlstandszone zu schaffen, führte zunächst zur Kolonisierung von Taiwan (1895) und Korea (1905), später zur Etablierung eines Marionettenregimes in der Mandschurei (1931), der ab 1937 die offene Invasion Chinas folgte, und während des Zweiten Weltkriegs dann zur kurzzeitigen Kolonialherrschaft über eine Reihe südostasiatischer Staaten. All dies stand gewissermaßen in der Kontinuität der schon von Toyotomi Hideyoshi erträumten japanozentrischen Neuordnung Asiens.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Kollaps des japanischen Reichs trat auch in Ostasien an die Stelle der bisherigen Machtstruktur diejenige des Kalten Krieges. In ihr ersetzten die Vereinigten Staaten Japan als Hegemon des maritimen Asien. Sie boten Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur und großen Teilen Südostasiens wirtschaftliche und politische Sicherheit. China, das 1949 kommunistisch wurde, gehörte anfangs dem Sowjetblock an. Doch dann gestaltete Pekings nach und nach vollzogener Bruch mit Moskau die Ordnung des Kalten Krieges in Asien vielschichtiger. China verwandelte sich mehr und mehr zum autonomen Machtfaktor in der Region, abhängig weder von den Vereinigten Staaten noch vom Sowjetblock.

Schon in den 1950er Jahren nahm China, obwohl der Form nach noch treuer Verbündeter der Sowjetunion, eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen der Blockfreien-Bewegung ein, den unabhängig gewordenen Ländern der Entwicklungswelt autonome politische Spielräume zu eröffnen. Nach dem endgültigen sino-sowjetischen Bruch Anfang der 1960er Jahre wurde die revolutionäre Diplomatie Pekings vollkommen unabhängig von Moskau, und Chinas finanzielle und militärische Unterstützung revolutionärer Regimes und Bewegun-

gen, darunter derjenigen in Nordkorea, Kambodscha und anderen südostasiatischen Staaten, ähnelte jetzt dem vormundschaftlichen Verhältnis des kaiserlichen China zu den Mingdynastien der benachbarten Vasallenstaaten. Während des Kalten Krieges blieb dies Revival einer sinozentrischen Tributordnung allerdings noch unvollkommen. Chinas Einfluss auf die Nachbarstaaten hatte enge Grenzen, da viele derselben, wie etwa Nordkorea, auch von der Sowjetunion abhängig waren und es sich bei den von China angeleiteten Kräften zumeist um Guerillabewegungen wie die kommunistischen Parteien der Philippinen oder Malaysias handelte, also um solche, die nicht an der Macht waren (vgl. Brautigam 2011: S. 29-40).

Wiedergeburt und Abhängigkeit

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der ökonomischen Wiedergeburt Chinas nahm die Rückkehr zu einer sinozentrischen Tribut-Handels-Ordnung deutlichere Formen an. Chinas Aufstieg zum größten asiatischen Exporteur industrieller Fertigwaren führte, wie wir sahen, zu einer regionalen Arbeitsteilung, in der Chinas Nachbarn sich auf den Export von Kapitalgütern und Komponenten in die Volksrepublik spezialisierten, während dort die Assemblage zu industriellen Fertigwaren erfolgte. Das Resultat ist, wie gezeigt, ein sinozentrisches Produktionsnetzwerk. In Ergänzung der wachsenden wirtschaftlichen Abhängigkeit seiner Nachbarn in Handelsangelegenheiten versorgt China die ärmeren unter diesen auch mit Investitionen, Krediten und sonstigen Wirtschaftshilfen (Bower 2010; Lum u.a. 2009). Gute Beispiele hierfür liefern die zahlreichen Infrastrukturprojekte in Kambodscha und Myanmar, die von chinesischen Staatsunternehmen ausgeführt und/oder durch Kredite staatlicher chinesischer Banken finanziert werden (vgl. z. B. O’Conner 2011; Grimsditch 2012).

In dem Maße, in dem die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser asiatischen Länder, ob reich oder arm, von China zunimmt, mehrten sich die Druckmittel, mit denen die Volksrepublik deren Regierungen in ihrer Haltung beeinflussen kann. Obwohl die chinesische Regierung diesen Zusammenhang stets leugnet, glauben doch viele, dass eine Androhung, die Wirtschaftsverbindungen mit bestimmten Ländern zu unterbrechen, sich bereits heute als wirksame diplomatische Waffe erweist. Im Hinblick auf seine Gebietsstreitigkeiten mit südostasiatischen Staaten und Japan schreckt China selten davor zurück, einen jeden, den es der Verletzung seiner Souveränitätsansprüche beschuldigt, mit Wirtschaftssanktionen zu bedrohen oder tatsächlich zu belegen (Reilly 2012). Als beispielsweise im Jahre 2012 der Gebietsstreit zwischen China und Japan um die Diaoyu/Senkaku-Inseln eskalierte und die japanische Regierung die Inseln verstaatlichte, drohte das offiziöse „China Daily“ ausdrücklich damit, dass Peking von der WTO-Klausel über „sicherheitsbedingte Ausnahmen“ Gebrauch machen werde, um Japan mit Wirtschaftssanktionen zu belegen. Ähnliche Drohungen wurden immer wieder einmal im Hinblick auf den Gebietsstreit laut, der zwischen China einerseits, den Philippinen und Vietnam andererseits über die Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer schwelt.

Gewiss, das Aufkommen dieser neuen Machtordnung in Asien mit Chinas Gewichtszunahme und Zentralstellung ist weit davon entfernt, eine simple Replik der vormodernen sinozentrischen Tribut-Handels-Ordnung zu sein. Zum einen besaß die vormoderne Ordnung ein kulturelles Fundament, nämlich den Konfuzianismus, der sowohl reziproke Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie als auch das letzterer von ersterem erwiesene Wohlwollen rechtfertigte. Die Existenz einer solchen kulturellen Grundlage veranlasste die meisten Nationen Asiens, zu China als einem Modell guter Regierungs- und Wirtschaftstätigkeit aufzuschauen. Heute hingegen stützt Chinas zu-

nehmend zentrale Rolle in der Machtordnung Asiens sich auf keinerlei kulturelle Grundlage, sie basiert vielmehr auf nichts anderem als nackten Wirtschaftsinteressen und Realpolitik. Zum anderen war China in dem vormodernen System des Sinozentrismus die alleinige Vormacht, während der zunehmend zentralen Rolle des heutigen China die noch fortbestehende Hegemonialstellung der Vereinigten Staaten in der Region entgegensteht.

Das Fehlen eines kulturellen Fundaments und die Konkurrenz seitens der Vereinigten Staaten erweisen sich als die Haupthindernisse für eine kontinuierliche Zunahme des geopolitischen Einflusses Chinas. Da sie lediglich durch Wirtschaftsinteressen motiviert ist, während die Volksrepublik der kulturellen Ausstrahlung ermangelt, bleibt die Loyalität der anderen asiatischen Staaten zum großen Nachbarn bestenfalls pragmatisch fundiert und bedingt. Die anhaltende Präsenz der Vereinigten Staaten verschafft diesen asiatischen Ländern auch Möglichkeiten, im Umgang mit China und den USA die eine Großmacht gegen die andere auszuspielen.

So empfand Myanmars Militärjunta, die während der seit den 1990er Jahren durch westliche Länder verhängten Sanktionen aus ihren wirtschaftlichen Verbindungen zu China Nutzen zog und Pekings Rückhalt genoss, ihre einseitige Abhängigkeit von chinesischen Investitionen schließlich zunehmend als riskant. Diese Verunsicherung motivierte die Junta in Verbindung mit dem Unmut der Öffentlichkeit über einige staatseigene Bergbaufirmen aus China ab etwa 2011 dazu, es mit politischen Reformen im Austausch gegen eine Normalisierung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und der westlichen Welt insgesamt zu versuchen. So hielt Myanmar einerseits an den Annehmlichkeiten eines engen Verhältnisses mit China fest, wie 2013 die Eröffnung der von Chinas Nationaler Erdölgesellschaft (der China National Petrol Corporation) gebauten

Gas-Pipeline zeigte, welche via Myanmar die Bengalische Bucht mit der Provinz Yunnan im Südwesten Chinas verbindet. Gleichzeitig verbesserte sich Myanmars Verhältnis zu den Vereinigten Staaten so weit, dass es Anfang 2013 eingeladen wurde, Beobachter zu einem amerikanisch-thailändischen Militärspektakel zu entsenden. Der politische Reformprozess in Myanmar mündete schließlich in die Wahlen von 2015, in denen die von Aung San Suu Kyi geführte Opposition einen Erdrutschsieg einfuhr, der ihr den Weg zur Bildung einer neuen Regierung öffnete.

Neben Myanmar haben auch Singapur, Taiwan, Südkorea, die Philippinen und viele andere asiatische Staaten ihre wirtschaftlichen und politisch-militärischen Verbindungen mit den Vereinigten Staaten verstärkt, sich zugleich aber wirtschaftlich zunehmend mit China integriert. Zu verweisen wäre in diesem Zusammenhang auch auf die geplante Schaffung der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP), eines Freihandelsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und ihren asiatisch-pazifischen Verbündeten, das China (zumindest anfangs) nicht einbezieht.

In der zentralen Rolle, die China in Asien zunehmend spielt, manifestiert sich der grundsätzliche Widerspruch, der seinen geopolitischen Aufstieg kennzeichnet: Der wachsende politische Einfluss Chinas auf seine Nachbarn entspringt unmittelbar seiner zunehmend zentralen wirtschaftlichen Rolle in der Region. Zugleich aber wird sein politischer Einfluss sowohl durch die anhaltende US-Dominanz als auch durch die Abwehrhaltung dieser asiatischen Staaten gegen eine allzu große wirtschaftliche Abhängigkeit von China begrenzt. Dieser Widerspruch zeigt sich nicht allein in der geopolitischen Situation der Region, sondern kommt auch in den Ambivalenzen des chinesischen Einflusszuwachses in anderen Weltregionen und global zum Ausdruck.

Wächst hier eine neue imperiale Macht heran?

Die chinesische Praxis, anderen Entwicklungsländern im Austausch gegen deren Loyalität wirtschaftliche Hilfe zu leisten, beschränkt sich nicht auf Ostasien. Spätestens seit den 1960er Jahren hat China revolutionäre Bewegungen und Regierungen in anderen Entwicklungsregionen, besonders in Afrika, mit Finanzhilfen und Experten unterstützt. In den 1960er Jahren geschah dies im Kontext der Konkurrenz zwischen Peking und Moskau um die Führungsrolle in der Dritten Welt, die nach dem sino-sowjetischen Bruch in der kommunistischen Weltbewegung virulent geworden war. In den 1970ern warb China nach der Normalisierung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten anfangs vor allem deshalb um die Unterstützung afrikanischer Länder, weil es ihre Stimmen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen benötigte, um anstelle der Republik China, also Taiwans, Chinas Platz im Weltsicherheitsrat einnehmen zu können (Brautigam 2011: S. 67-70).

Nach dem Beginn der Wirtschaftsreform in den 1980er Jahren ließ Chinas Aufmerksamkeit für Afrika nach, doch in den 2000er Jahren nötigte das rasche Wirtschaftswachstum des Landes Peking, „nach Afrika zurückzukehren“, um seine Versorgung mit Öl und anderen Rohstoffen strategisch zu sichern. Aus Pekinger Sicht muss China eigenständig in afrikanische Bergbauunternehmungen investieren, weil es sonst in die Abhängigkeit Rohstoff fördernder Industrien geriete, die von westlichen Mächten dominiert werden.

Was die Ausfuhr afrikanischer Rohstoffe betrifft, versucht China im Allgemeinen, sich die jeweils an der Macht Befindlichen mit Krediten, Hilfsleistungen und Infrastrukturinvestitionen gewogen zu machen. Dabei wird kein Unterschied gemacht, um welche Art Regime es sich handelt, vielmehr bemüht sich China sowohl

um demokratische als auch um autoritäre Regierungen. Aus dem Blickwinkel der Empfänger werden die chinesischen Investitionen in der Region gleichmäßiger auf unterschiedliche Länder verteilt und zu großzügigeren Bedingungen getätigt (vgl. Brautigam 2011). Wie wir sahen, hat die Zunahme der chinesischen Investitions- und Handelsaktivitäten in Afrika sich je nach den örtlichen Institutionen und politischen Praktiken sozioökonomisch durchaus unterschiedlich ausgewirkt. Obwohl das Volumen der chinesischen Wirtschaftshilfen demjenigen der westlichen, vor allem der amerikanischen, hinterherhinkt (Hung 2015: Tab. 5.7), verschafft Chinas Unterstützung dem Kontinent im Allgemeinen neue Vorteile, da die chinesische Präsenz andere – sowohl Entwicklungs- als auch entwickelte – Länder unter Wettbewerbsdruck setzt und nötigt, im Geschäftsverkehr mit afrikanischen Staaten bessere Konditionen anzubieten.

Viele afrikanische Staaten honorieren solche ökonomischen Vorteile, indem sie China in politischen Angelegenheiten entgegenkommen, etwa wenn es um den Status Taiwans oder den Dalai Lama geht. Als Letzterer 2011 aus Anlass des 80. Geburtstags von Desmond Tutu, dem Erzbischof und Nobelpreisträger, eine Südafrikareise plante, stellte die südafrikanische Regierung ihm trotz einer ausdrücklichen Einladung Tutus kein Visum aus, und schon früher – 2009 – hatte Südafrika dem Dalai Lama die Einreise verweigert. Gegner der Regierung kritisierten ihr Verhalten als ungesetzlich und als Einknicken unter chinesischem Druck. Chinas zunehmend stärkere Präsenz eröffnete den afrikanischen Staaten auch neue Finanzierungsquellen und neue Chancen, versetzte sie also auch in die Lage, politischen Forderungen der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Mächte zu widerstehen.

Doch genauso wie viele südostasiatische Länder über die sicherheitspolitischen Konsequenzen ihrer zunehmenden Abhängigkeit von

China beunruhigt sind, beginnen auch in Afrika führende Politiker sich besorgt zu äußern. Sogar von „chinesischem Kolonialismus“ ist die Rede. Als in den 2000er Jahren unter westlichen Politikern und Wissenschaftlern eine Diskussion zum Thema „Chinesischer Kolonialismus in Afrika“ entbrannte, wurde das natürlich als heuchlerisches, westlichen Ängsten vor einem Einflussverlust auf dem schwarzen Kontinent entspringendes Gerede diskreditiert. Im darauf folgenden Jahrzehnt erhielt diese Diskussion Zuspruch aus Afrika selbst, als afrikanische Oppositionsbewegungen allenthalben begannen, die Chinakarte zu spielen und den amtierenden Regierungen vorzuhalten, sie unterwürfen sich chinesischen Interessen. So gelang es der Opposition in Sambia bei den Wahlen 2011, die herrschende Partei mit einer antichinesischen Kampagne zu entmachten. Im Vorfeld des BRICS-Gipfeltreffens, das im März 2013 Vertreter Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas im südafrikanischen Durban versammelte, organisierten afrikanische Aktivisten einen Gegengipfel und prägten den Begriff des „Subimperialismus“, um China und die übrigen BRICS-Staaten als „Hilfssheriffs“ der neoliberalen Wirtschafts- und Politikordnung des Kontinents hinzustellen. Manche versteigen sich zu der Behauptung, der Eifer, mit dem die BRICS-Staaten ihren Einfluss in Afrika ausbauen, ähnele dem „Wettlauf um Afrika“, den sich einst die imperialen Mächte Europas nach der Berliner Konferenz von 1885 lieferten (Bond 2013).

Die Besorgnis über den wachsenden Einfluss Chinas in Afrika ist so groß und derart verbreitet, dass selbst Regierungen, die enge Beziehungen mit China unterhalten, darauf eingehen müssen. So kritisierte im März 2013 unmittelbar vor dem erwähnten BRICS-Gipfel in Durban der Zentralbankchef Nigerias – eines Landes, dessen Entwicklung stark von chinesischen Krediten abhängt – in der „Financial Times“, dass Afrika, indem es sich so weit auf China einlasse, „einer neuen Form des Imperi-

alismus“ selbst Tür und Tor öffne. „China“, sagte er, „nimmt uns Grundstoffe ab und verkauft uns Fertigwaren. Genau darin bestand auch das Wesen des Kolonialismus.“ (Sanusi 2013)

So wird Chinas zunehmende Dominanz durch den Backlash konterkariert, den sie sowohl in Asien wie in Afrika auslöst. Das gilt sogar für Lateinamerika, obwohl dieses reicher und politisch stärker als Afrika und von China geographisch viel weiter entfernt ist als der asiatische Raum. Ein Beispiel dafür liefert die Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und Brasilien, einem der Nutznießer des chinesischen Rohstoffhungers, die in der WTO China gemeinsam beschuldigten, eine merkantilistische Handels- und Währungspolitik zu betreiben. Die Grenzen, an die Chinas politischer Einfluss in anderen Ländern stößt, engen zugleich die Expansionsmöglichkeiten seines ökonomischen Einflusses ein.

Multilaterale Institutionen

In dem Versuch, dem Backlash zu begegnen, baut China multilaterale Institutionen auf, die der Vermittlung seiner ökonomischen Expansion in andere Entwicklungsländer dienen sollen. Das gilt beispielsweise für die Schaffung der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank (AIIB), die Infrastrukturprojekte in Zentralasien, Südost- und Südasien finanzieren soll, im Frühjahr 2015. Viele meinen, die chinesisch geführte AIIB demonstriere einen weiteren Machtzuwachs Chinas in Asien und der Entwicklungswelt. Tatsächlich handelt es sich eher um einen Schritt zurück, gemessen an dem bisher vor allem auf bilateraler Ebene forcierten ökonomischen Vorrücken.

Einem 2013 veröffentlichten Report der RAND-Corporation zufolge hatten Chinas Kredite und Darlehen an andere Entwicklungsländer im Zeitraum 2001-2011 stark zugenommen und insgesamt ein Volumen von 671 Mrd.

US-Dollar erreicht. Heute muss diese Zahl weit höher liegen. Viele dieser Kredite und Darlehen sind mit der Auflage verbunden, dass die Empfänger ihre Projekte durch chinesische Firmen ausführen lassen oder die erhaltenen Mittel zum Ankauf chinesischer Produkte verwenden. Was die AIIB betrifft, so kann ihre Kapitalausstattung bis zu 100 Mrd. US-Dollar erreichen, wobei China sich verpflichtet hat, 50 Mrd. beizusteuern. Schon 2014 zeichnete China 40 Mrd. des Startkapitals der neuen BRICS-Entwicklungsbank mit Sitz in Schanghai. Auch sie gilt als ernste Herausforderung der US-Führungsrolle in der Entwicklungsfinanzierung. Dabei handelt es sich bei Chinas Anteilen am Kapital dieser neuen Banken, verglichen mit seinen bilateralen Verpflichtungen, um recht geringe Summen. Wenn Chinas bilaterale Entwicklungshilfe gut funktioniert, ist es auf die Schaffung neuer multilateraler Banken gar nicht angewiesen. Es verfügt zweifellos über das Potenzial, unilateral vorzugehen. In solchen Fällen verbleibt ihm die totale Kontrolle der Vergabebedingungen und der Entscheidung, wer Kredite erhalten soll. Im Gegensatz dazu werden in der AIIB und in der BRICS-Bank andere Teilhaber die chinesische Handlungsfreiheit in der einen oder anderen Weise einschränken, ungeachtet der Tatsache, dass China als größter Einzahler diese Institutionen dominieren wird.

Chinas Bestreben, multilaterale Banken zu schaffen, ist letztlich nichts anderes als ein neues Experiment: Das Land opfert einen Teil seiner Macht, um den Schutz und die Legitimität zu erlangen, die andere Teilnehmerstaaten bieten können. Pekings neu entdecktes Interesse am Aufbau multilateraler Banken deutet darauf hin, dass es künftig in der internationalen Entwicklungsfinanzierung durchaus eine weniger dominierende und keine stärkere Rolle spielen könnte. Gemessen an der gewaltigen Ausweitung der bilateralen Kreditvergabe an die Entwicklungswelt geht China hier allerdings nur einen kleinen Schritt zurück. Ein Rückblick

in die Geschichte zeigt, dass es vor allem bilaterale Wirtschaftshilfen waren und weniger die Weltbank oder ähnliche multinationale Institutionen, die Mitte des 20. Jahrhunderts dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur globalen Supermacht den Boden bereiteten. Die Weltbank wurde 1944 zur Finanzierung des Wiederaufbaus nach dem Kriege geschaffen, doch sobald die Vereinigten Staaten den Marshall-Plan sowie im Verlauf des Kalten Krieges weitere bilaterale Hilfsprogramme für verschiedene Weltgegenden in Angriff nahmen, schoben sie die Weltbank beiseite. Bis diese dann in den 1970er Jahren, als die Weltmachtstellung der USA zu erodieren begann, wiederbelebt wurde, führte sie jahrzehntelang ein Schatten-dasein.

Hard Power

Parallel zu der vorsichtigeren Gangart, die China mit dem Experiment, seinen wirtschaftlichen Vormarsch durch den Aufbau multilateraler Institutionen abzusichern, einschlägt, ist eine andere Reaktion der Volksrepublik auf den beschriebenen Backlash zu beobachten: Hardpower-Projektion. Damit tritt das Land in die Fußstapfen imperialer Mächte herkömmlichen Zuschnitts, die sich auf die Ausweitung ihrer politischen und militärischen Machtmittel weit über die Landesgrenzen hinaus stützten, um jeglichen Widerstand gegen die Expansion ihrer Wirtschaftsmacht zu unterdrücken. In Chinas Verteidigungsweißbuch von 2013 heißt es erstmals, der Schutz auswärtiger Wirtschaftsinteressen zähle jetzt zu den Kernaufgaben der Volksbefreiungsarmee:

Mit der sukzessiven Integration der chinesischen Volkswirtschaft in das Weltwirtschaftssystem sind Auslandsinteressen ein integraler Bestandteil der nationalen Interessen Chinas geworden. Dabei treten zunehmend Sicherheitsinteressen in den Vordergrund, darunter ausländische Energie- und Rohstoffquellen, strategische Seewege und [die Sicherheit] chinesischer Staatsbürger und juristischer Personen im Ausland.

Sicher, Chinas Streitkräfte sind noch nicht auf militärische Auslandseinsätze im Stil der US-Marines vorbereitet, obwohl chinesische Staatsbürger in Afrika schon zum bevorzugten Gegenstand von Geiselnahmen durch Terroristen und Aufständische avanciert sind und chinesische Einrichtungen als hochgeschätzte Sabotageziele gelten (NYA International 2015; ENR 2014). Als Gegenmittel entschied China sich, den Stier bei den Hörnern zu packen und einige der brutalsten ausländischen Söldner in Afrika mit dem Schutz seiner dortigen Einrichtungen zu beauftragen. Im Jahr 2014 wurde Erik Prince, Gründer und zeitweilig CEO der tief in die zweite Irakinvasion der USA verstrickten amerikanischen Security-Firma Blackwater, als Chef eines Logistik- und Risikomanagement-Unternehmens mit Sitz in Honkong engagiert. Dieses firmiert als Frontier Services Group und ist, sogar auf der Führungsebene, eng mit Chinas größtem staatseigenen Konglomerat CITIC verbunden. Seine Hauptaufgabe besteht darin, Sicherheitsdienstleistungen für chinesische Firmen in Afrika zu erbringen (Hung 2015: S. 141f.).

Dass China sich bestrebt zeigt, seine Hardpower weltweit zu projizieren, entspricht der Art, in der auch frühere kapitalistische Mächte ihren Weg machten. Die Expansion seiner geopolitischen Macht in den globalen Süden und insbesondere in die asiatische Region hat die Vereinigten Staaten alarmiert. Im Jahr 2012 leiteten sie eine strategische Schwerpunktverlagerung in den pazifischen Raum („Pivot to Asia“) ein, um ihre geopolitische und militärische Präsenz in der Region zu festigen und Chinas wachsendem Einfluss durch verstärkte Zusammenarbeit mit dessen Nachbarn entgegenzuwirken. Diese Entwicklungen könnten sehr wohl zu einer interimperialen Rivalität klassischen Typs zwischen China und den Vereinigten Staaten führen. Auch Indien verfolgt die wachsende chinesische Präsenz in Ländern wie Nepal und Sri Lanka, die es traditionell seiner Einflusszone zurechnet, mit Argwohn. Die

Spannungen zwischen den beiden Giganten dürften deshalb zunehmen.

Die Grenzen des chinesischen Aufstiegs

Fürs Erste ist China freilich noch weit davon entfernt, die neue Hegemonial- oder Vormacht der Welt zu werden, auch wenn seine wachsende Präsenz in allen Teilen der Entwicklungswelt, indem sie andere Entwicklungsländer politisch-ökonomisch ermächtigt, die weltpolitische Dynamik bereits verändert. Wie viele Untersuchungen nachweisen (so etwa Kentor und Boswell 2003) ist die Knechtung der Entwicklungsländer durch westliche, entwickelte Staaten nicht per se auf die Investitionen dieser Länder und den Handel mit ihnen zurückzuführen, sondern auf deren Monopolstellung als Investoren und Handelspartner. Wenn eine Vielzahl von Entwicklungsländern um Investitionen aus einer begrenzten Zahl entwickelter Staaten konkurriert, oder wenn sie nur gleichartige Erzeugnisse mit geringer Wertschöpfung in eine begrenzte Zahl entwickelter Staaten exportieren, dann mangelt es den Entwicklungsländern, insbesondere den Rohstoff exportierenden, an Verhandlungsmacht. Aufgrund dieses Mangels haben Entwicklungsländer den Forderungen entwickelter Staaten, ob im bilateralen Rahmen oder in multilateralen Organisationen wie der Welthandelsorganisation WTO, wenig entgegenzusetzen. Je mehr China als Handelspartner und – alternativ zu den traditionellen westlichen Mächten – Investitionsquelle in den Vordergrund tritt, desto stärker wächst die Neigung der Entwicklungsländer, ihre vormals einseitige Abhängigkeit von westlichen Investitionen und Märkten zu vermindern. So verbessert sich ihre Verhandlungsposition in bilateralen wie in multilateralen Zusammenhängen. Deshalb findet Chinas weltpolitischer Einflusszuwachs im globalen Süden ungeachtet der imperialistischen Züge seiner Machtentwicklung durchaus Befürwor-

ter. Das erinnert ein wenig an die Dynamik, die dem kaiserlichen Deutschland im beginnenden 20. Jahrhundert zu einiger Popularität unter Nationalisten verhalf, die nach Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft strebten.

Instruktiv ist hier der Aufstieg der G-20 als Verhandlungsblock von Entwicklungsländern innerhalb der WTO. Die Gruppe wurde von Brasilien, Südafrika und Indien anlässlich des WTO-Ministertreffens 2003 in Cancun zu dem Zweck initiiert, in den Verhandlungen mit entwickelten Ländern zu diversen Schlüsselfragen gemeinsame Positionen zu vertreten. Gemeinschaftlich widersetzen sie sich der Forderung entwickelter Länder nach einer weiteren Öffnung der Finanzmärkte und dem Druck auf Entwicklungsländer, ihre Agrarmärkte zu öffnen (vgl. Hopewell 2012). Chinas Aufnahme in die Gruppe der 20 bedeutet eine erhebliche Steigerung ihres Weltmarktanteils, da der Anteil der Volksrepublik am globalen BIP die zehn-Prozent-Marke überschritten hat und ständig weiter wächst. China ist jetzt die größte Volkswirtschaft in der G-20. Obwohl sich das Land an der Strategieentwicklung und Or-

ganisationsarbeit der Gruppe, die von anderen Mitgliedern wie Brasilien betrieben wird, nicht aktiv beteiligt, hat seine Mitgliedschaft die Macht der G-20 erheblich verstärkt. In der gegenwärtigen Runde der 2001 in Doha aufgenommenen Welthandelsgespräche hat das Beharren der Gruppe auf einer drastischen Verringerung der staatlichen Agrarsubventionen in den reichen Ländern im Austausch gegen eine weitere Öffnung der Entwicklungsländer diese Verhandlungen zum Stillstand gebracht und fast kollabieren lassen. Beim Stand von 2013 sind die Aussichten der Doha-Runde immer noch düster. Diese Episode zeigt, dass die WTO nicht länger ein Instrument der reichen Länder ist, mit dessen Hilfe sie nach Belieben die Märkte der Entwicklungsländer öffnen und doch gleichzeitig die eigenen Märkte abschotten können. Sie verdeutlicht, wie stark Chinas Aufstieg dazu beigetragen hat, das Kräfteverhältnis zwischen den reichen und den Entwicklungsländern zugunsten der letzteren zu verschieben, obwohl die Volksrepublik bislang noch nicht imstande ist, die großen Mächte des Westens weltpolitisch direkt herauszufordern.

Zusammenfassung

Viele betrachten das chinesische Wirtschaftswunder als Modell einer alternativen Entwicklung, die der von Washington geförderten Orthodoxie zuwiderläuft. Auch wird angenommen, Chinas zunehmendes wirtschaftliches und politisches Engagement im globalen Süden, besonders in seinen asiatischen Nachbarländern, führe eine neue geopolitische Ordnung herbei, die Amerikas Vorherrschaft in Frage stellt. Die vorliegende Studie zeigt, dass es sich bei dem hauptsächlich durch das exportorientierte Wirtschaftswachstum der Volksrepublik zu erklärenden China-Boom in

Wahrheit um eine konstitutive Komponente der neoliberalen Weltordnung handelt. Diese war in den 1980er Jahren von westlichen Schlüsseländern bekanntlich zu dem Zweck geschaffen worden, ihre kapitalistische Krise zu lösen, indem sie zur Zähmung ihrer organisierten Arbeiterschaft wesentliche Produktionsvorgänge in Niedriglohnländer auslagerten. China machte sich diesen Schwenk des Weltkapitalismus zunutze und wurde zur Werkbank der Welt, indem es die eigenen Entwicklungserfolge aus der Maozeit, die ein gewaltiges Arbeitskräftepotenzial auf dem Lande

mit hohem Alphabetisierungsgrad und in guter gesundheitlicher Verfassung hinterlassen hatte, ausbeutete.

Seit Chinas exportorientiertes Wachstum an seine Grenzen stößt, insbesondere seit der Weltfinanzkrise von 2008, hat das Land sich sogar noch stärker auf schuldenfinanzierte Anlageinvestitionen verlassen, die kurzfristig Wachstum schufen, aber die Last unhaltbarer Überkapazitäten und Verschuldungsraten seiner Volkswirtschaft noch vergrößerten. Die Börsenkrise, die die Kapitalflucht beschleunigte, und die Abwertung des Renminbao im Sommer 2015 sind nur die jüngsten Indizien dafür, dass China sich auf eine durch den Fall der Profitrate und finanzielle Instabilität gekennzeichnete Überakkumulationskrise zu bewegt. Eine solche Krise hat sich bereits seit längerem zusammengebraut und China genötigt, sein überschüssiges Kapital in Form von Auslandshilfen, Vorzugsdarlehen und Direktinvestitionen in seine Nachbarstaaten und andere Entwicklungsländer in Afrika und Südamerika zu exportieren. In der Einrichtung der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank und der Infrastrukturinitiative zur Schaffung der „neuen Seidenstraße“, die sich nach Zentralasien und in den Indischen Ozean hinein erstreckt, kulminiert dieser Drang, Kapital zu exportieren.

Chinas Aufstieg als Kapitalexporteur treibt das Land dazu, seinen politischen Einfluss regional und überregional auszuweiten, wobei es

in die Spuren früherer kapitalistischer Großmächte tritt. Unter seinen Nachbarn ruft dies zunehmend Besorgnis über eine chinesische Vorherrschaft in der Region hervor. Zugleich bringt dieser Aufstieg China auf einen Kollisionskurs zu den USA, die in der bestehenden politisch-militärischen Ordnung des asiatisch-pazifischen Raums immer noch dominieren, und löst so einen neuen interimperialen Konkurrenzkampf aus. Die eskalierende Spannung im Südchinesischen Meer spricht für sich. Chinas Aufstieg hat, wie sich zeigt, widersprüchliche Auswirkungen auf den USA-zentrierten politisch-ökonomischen Status quo in der Welt. Einerseits trägt er dazu bei, ebendiesen Status quo zu reproduzieren, indem er eine neoliberale Weltordnung perpetuiert, die auf Freihandel, der Mobilität des Industriekapitals und der Entmachtung der Arbeitnehmerseite basiert. Andererseits stellt er die geopolitische Dominanz des Westens in Asien und anderen Teilen der Welt auf neue Weise in Frage. Ob solche Entwicklungen zu einer Erneuerung westlicher Weltherrschaft und der Verschärfung regionaler wie globaler Konflikte führen werden oder zu einer ausgewogeneren, gerechteren Weltordnung, ist noch längst nicht entschieden. Welchen Weg die Welt einschlagen wird, hängt in erheblichem Maße von der Politik und dem Ringen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Kräfte Chinas untereinander ab und davon, auf welche Weise und wie stark diese Kämpfe mit ähnlichen Kämpfen in anderen Teilen der Welt korrespondieren.

Zitierte Literatur

- Ando, Mitsuyo (2006): Fragmentation and Vertical Intra-industry trade in East Asia, in: „The North American Journal of Economics and Finance“, 17, S. 257-281.
- Baldwin, Richard (2006): Managing the Noodle Bowl: The Fragility of East Asian Regionalism. Center for Economic Policy Research, London, Discussion Paper Nr. 5561.
- Baum, Richard (Hg., 1991): Reform and Reaction in Post-Mao China: The Road to Tiananmen. London: Routledge.
- Blecher, Marc und Vivienne Shue (2001): Into Leather: State-led Development and the Private Sector in Xinji, in: „The China Quarterly“, 166, S. 368-93.
- Bond, Patrick (2013): Sub-imperialism as Lubricant of Neoliberalism: South African ‘Deputy Sheriff’ Duty within BRICS, in: „Third World Quarterly“, 34 (2), S. 251-70.
- Bower, Ernest Z. (2010): China’s Activities in Southeast Asia and Implications for US Interest. Stellungnahme für die US-China Economic and Security Review Commission.
- Brautigam, Deborah (2011): The Dragon’s Gift: The Real Story of China in Africa. New York: Oxford University Press.
- Chen, An (2002): Capitalist Development, Entrepreneurial Class, and Democratization in China, in: „Political Science Quarterly“, 117 (3), S. 401-22.
- Chin, Gregory T. (2003): Building ‘Capitalism with China’s Characteristics’: The Political Economy of Model Joint Ventures in the Automotive Industry. Ph.D. Dissertation, York University, Ontario, Canada.
- Duckett, Jane (1998): The Entrepreneurial State in China: Real Estate and Commerce Departments in Reform Era Tianjin. London: Routledge.
- ENR (2014): Pushback Against Chinese Workers Escalates in Africa, in: „Engineering News Record“, 14.10.2014.
- Friedman, Edward, Paul G. Pickowicz und Mark Selden (1991): Chinese Village, Socialist State. New Haven: Yale University Press.
- Gallagher, Mary E. (2002): Reform and Openness: Why China’s Economic Reform Have Delayed Democracy, in: „World Politics“, 54, S. 338-72.
- Gallagher, Kevin und Roberto Porzecanski (2010): The Dragon in the Room: China and the Future of Latin American Industrialization. Stanford: Stanford University Press.
- Gilboy, George J. (2004): The Myth behind China’s Miracle, in: „Foreign Affairs“, Juli/August.
- Grimsditch, Mark (2012): China’s Investments in Hydropower in the Mekong Region: The Kamchay Hydropower Dam, Kampot, Cambodia. Bank Information Center Report, World Bank.
- Haddad, Mona (2007): Trade Integration in East Asia: The Role of China and Production Networks. World Bank Policy Research Working Paper Nr. 4160.
- Haglund, Dan (2009): In It for the Long Term? Governance and Learning among Chinese Investors in Zambia’s Copper Sector, in: „The China Quarterly“, 199, S. 627-46.
- Hamashita, Takeshi (2008): China, East Asia, and the World Economy: Regional and Historical Perspectives. New York: Routledge.
- Hartford, Kathleen (1990): The Political Economy Behind Beijing Spring, in: Tony Saich (Hg.): The Chinese People’s Movement: Perspectives on Spring 1989, Armonk/NY: M.E. Sharpe, S. 50-82.
- Hesketh, Therese und Wei Xing Zhu (1997): Health in China: From Mao to Market Reform, in: „British Medical Journal“, 314, S. 1543.
- Hopewell, Kristen (2012): Shifting Power in Global Economic Governance: The Rise of Brazil, India and China at the WTO. Ph.D. Dissertation, Department of Sociology, University of Michigan.
- Howe, Christopher (1996): The Origins of Japanese Trade Supremacy: Development and Technology in Asia from 1540 to the Pacific War. Chicago: Chicago University Press.
- Hsing You-tien (1998): Making Capitalism in China: The Taiwan Connection. New York: Oxford University Press.
- Huang Ping (2000): „bupingheng fazhan geju xia de nongcun kunjing“ (Ländliche Sackgassen angesichts der ungleichmäßigen Entwicklung). Chinese University of Hong Kong University Service Center.
- Huang Yasheng (2003): Selling China: Foreign Direct Investment during the Reform Era. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hughes, Neil C. (2005): A Trade War with China? In: „Foreign Affairs“, Juli/August.
- Hung, Ho-fung (2015): The China Boom: Why China Will Not Rule the World. New York: Columbia University Press.
- Kang, David C. (2010): East Asia Before the West: Five Centuries of Trade and Tribute. New York: Columbia University Press.
- Kaplan, Stephen B. (2006): The Political Obstacles to Greater Exchange Rate Flexibility in China, in: „World Development“, 34 (7), S. 1182-1200.
- Karl, Terry Lynn (1997): The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States. Berkeley: University of California Press.
- Kentor, Jeffrey und Terry Boswell (2003): Foreign Capital Dependence and Development: A New Direction, in: „American Sociological Review“, 68 (2): S. 301-13.

- Krause, Lawrence B. (1998): *The Economics and Politics of the Asian Financial Crisis of 1997-98*. New York: Council on Foreign Relations.
- Lee, Ching Kwan (2009): *Raw Encounters: Chinese Managers, African Workers and the Politics of Casualization in Africa's Chinese Enclaves*, in: „The China Quarterly“, 199, S. 647-666.
- Li, Hongbin und Scott Rozelle (2000): *Saving or Stripping Rural Industry: An Analysis of Privatization and Efficiency in China*, in: „Agricultural Economics“, 23, S. 241-52.
- Lieberthal, Kenneth (1992): *The 'Fragmented Authoritarianism' Model and Its Limitation*, in: Kenneth Lieberthal und David Lampton (Hg.): *Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China*. Berkeley: University of California Press.
- Lin, Nan (1995): *Local Market Socialism: Local Corporation in Action in Rural China*, in: „Theory and Society“, 24 (3), S. 301-54.
- Lin, George C. S. (1997): *Red Capitalism in South China: Growth and Development of the Pearl River Delta*. Vancouver: University of British Columbia Press.
- Lin, George C. S. (2000): *State, Capital, and Space in China in an Age of Volatile Globalization*, in: „Environment and Planning A“, 32, S. 455-71.
- Lum, Thomas, Hannah Fischer, Julissa Gomez-Granger und Anne Leland (2009): *China's Foreign Aid Activities in Africa, Latin America, and Southeast Asia*. Congressional Research Service Report for Congress.
- Mertha, Andrew (2005): *China's 'Soft' Centralization: Shifting Tiao/Kuai Authority Relations*, in: „China Quarterly“, 184, S. 791-810.
- Naughton, Barry (1995): *Growing Out of the Plan: Chinese Economic Reform, 1978-1993*. Cambridge: Cambridge University Press.
- NYA International (2015): *„Kidnapping risk to Chinese nationals“ Global Kidnap for Ransom Update*. April 2015.
- O'Conner, James (2011): *State Building, Infrastructure Development and Chinese Energy Projects in Myanmar*. Irasec's Discussion Papers, Nr. 10.
- Oi, Jean C. (1999): *Rural China Takes Off: Institutional Foundations of Economic Reform*. Berkeley: University of California Press.
- Reilly, James (2012): *China's Unilateral Sanctions*, in: „The Washington Quarterly“, 35 (4).
- Roache, Shaun K. (2012): *China's Impact on World Commodity Market*. IWF-Arbeitspapier.
- Ross, Heidi (2005): *Where and Who are the World's Illiterates: China Country Study*. Report submitted to UNESCO, Global Monitoring Report.
- Sachs, Jeffrey D. und Andrew M. Warner (1995): *Natural Resource Abundance and Economic Growth*. Development Discussion Paper Nr. 517a. Cambridge: Harvard Institute for International Development.
- Saich, Tony (1990): *When Worlds Collide: The Beijing People's Movement of 1989*, in: Tony Saich (Hg.): *The Chinese People's Movement: Perspectives on Spring 1989*. Armonk/NY: M.E. Sharpe, S. 25-49.
- Sanusi, Lamido (2013): *Africa must get real about Chinese ties*, in: „Financial Times“, 11.3.2013.
- Segal, Adam und Eric Thun (2001): *Thinking Globally, Acting Locally: Local Governments, Industrial Sectors, and Development in China*, in: „Politics and Society“, 29 (4), S. 557-88.
- Selden, Mark (1993): *The Political Economy of Chinese Development*. Armonk/NY: M. E. Sharpe.
- Shafer, D. Michael (1994): *Winners and Losers: How Sectors Shape the Developmental Prospects of States*. Ithaca/NY: Cornell University Press.
- Shih, Victor (2008): *Factions and Finance in China: Elite Control and Inflation*. New York: Cambridge University Press.
- Shirk, Susan L. (1993): *The Political Logic of Economic Reform in China*. Berkeley: University of California Press.
- Tsai, Kellee S. (2007): *Capitalism without Democracy: The Private Sector in Contemporary China*. Ithaca/NY: Cornell University Press.
- Walder, Andrew G. (1995): *Local Governments as Industrial Firms: An Organizational Analysis of China's Transitional Economy*, in: „American Journal of Sociology“, 101, S. 263-301.
- Walder, Andrew G. (2002): *Privatization and Elite Mobility: Rural China, 1979-1996*. Asia Pacific Research Center Paper Series, Stanford University.
- Walder, Andrew G. (2003): *Elite Opportunity in Transitional Economies*, in: „American Sociological Review“, 68 (6), S. 899-916.
- Wang Shaoguang (2000): *The Social and Political Implications of China's WTO Membership*, in: „Journal of Contemporary China“, 9 (25), S. 373-405.
- Wang Hui (2003): *China's New Order: Society, Politics, and Economy in Transition*. Cambridge/MA: Harvard University Press.
- Wei, Yehua Dennis (2002): *Beyond the Sunan Model: Trajectory and Underlying Factors of Development in Kunshan, China*, in: „Environment and Planning A“, 34, S. 1725-47.
- Wen Tiejun (2000): *Zhongguo nongcun jiben jingji zhidu yanjiu – sannong wenti de shiji fansi (Eine Untersuchung der wirtschaftlichen Grundeinrichtungen des chinesischen Dorfes: Erwägungen zur Frage der „Drei Probleme auf dem Lande“ hundert Jahre danach)*. Peking: Zhongguo jingji chubanshe.
- Wen Tiejun (2004): *Women daodi yao shenme (Was wollen wir?)*. Peking: Huaxia chubanshe.
- Wen Tiejun (2005): *Sannong wenti yu shiji fansi (Erwägungen zum Hundertjährigen des ländlichen China)*. Peking: Sanlian Shudian.
- Yang, Dennis Tao und Cai Fang (2000): *The Political Economy of China's Rural-Urban Divide*. Center for Research on Economic Development and Policy, Research Working Paper Nr. 62.
- Zhao, Dingxin (2001): *The Power of Tiananmen:*

State-Society Relations and the 1989 Beijing Student Movement. Chicago: University of Chicago Press.
Zhu, Jieming (2004): Local Developmental State and Order in China's Urban Development during Tran-

sition, in: „International Journal of Urban and Regional Research“, 28 (2), S. 424-47.
Zweig, David (2002): Internationalizing China: Domestic Interests and Global Linkages. Ithaca/NY: Cornell University Press.

Weitere Publikationen zum Thema

„Wir, die Völker“?

Die Vereinten Nationen im siebzigsten Jahr ihres Bestehens
Von James A. Paul - Oktober 2015

TPP und TTIP: Gefährliche Komplizen

Der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen in den USA
Von Mike Dolan - Januar 2015

Neoliberalismus mit südlichem Antlitz

Der Aufstieg des BRICS-Blocks
Von Vijay Prashad - Mai 2013

In Kürze erscheint

Großstädte als Export-Knotenpunkte

Lehren aus Durban, Rio de Janeiro und Hong Kong
Von Patrick Bond, Ana Garcia, Mariana Moreira und Ruixui Bei

WELTWEITES NETZWERK DER RLS-AUSLANDSBÜROS



NORDAMERIKA & VEREINTE NATIONEN

New York/USA
Leitung: Dr. Stefanie Ehmsen und
Dr. Albert Scharenberg
Website: www.rosalux-nyc.org

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA

Mexiko-Stadt/Mexiko
Leitung: Torge Löding
Website: www.rosalux.org.mx

ANDENLÄNDER

Quito/Ecuador
Leitung: Dr. Karin Gabbert
Website: www.rosalux.org.ec

BRASILIEN UND CONO SUR

São Paulo/Brasilien
Leitung: Gerhard Dilger
Website: rosaluxspba.org

PALÄSTINA

Ramallah
Leitung: Katja Hermann
Website: www.rosaluxemburg.ps

ISRAEL

Tel Aviv
Leitung: Tsafir Cohen
Website: www.rosalux.co.il

HAUPTSITZ

Berlin/Deutschland
Vorsitzender: Dr. Dagmar Enkelmann
Geschäftsführer: Dr. Florian Weis
Website: www.rosalux.de

NORDAFRIKA

Tunis/Tunesien
Leitung: Peter Schäfer
E-Mail: pschaefer@rosalux.de

WESTAFRIKA

Dakar/Senegal
Leitung: Dr. Armin Osmanovic
Website: www.rosalux.sn

OSTAFRIKA

Daressalam/Tansania
Leitung: Siegfried Schröder
Website: www.rosalux.co.tz

SÜDLICHES AFRIKA

Johannesburg/Südafrika
Leitung: Jörn-Jan Leidecker
Website: www.rosalux.co.za

OSTASIEN

Peking/China
Leitung: Dr. Lutz Pohle
E-Mail: pohle@rosalux.cn

EUROPÄISCHE UNION

Brüssel/Belgien
Leitung: Martin Schirdewan und
Dr. Claus-Dieter König
Website: www.rosalux-europa.info

OSTMITTELEUROPA

Warschau/Polen
Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka
Website: www.rls.pl

SÜDOSTEUROPA

Belgrad/Serbien
Leitung: Dr. Boris Kanzleiter
Website: www.rosalux.rs

RUSSLAND, ZENTRALASIEN & KAVKASUS

Moskau/Russland
Leitung: Tiina Fahrni
Website: www.rosalux.ru

SÜDOSTASIEN

Hanoi/Vietnam
Leitung: Liliane Danso-Dahmen
Website: www.rosalux.vn

SÜDASIEN

Neu-Delhi/Indien
Leitung: Stefan Mentschel
Website: www.rls-sea.de



Facebook: [rosaluxnyc](https://www.facebook.com/rosaluxnyc)
Twitter: [@rosaluxnyc](https://twitter.com/rosaluxnyc)
Instagram: [rosaluxnyc](https://www.instagram.com/rosaluxnyc)

www.rosalux-nyc.org